

Gleichzeitig machen die Ergebnisse der bislang diskutierten theoretischen und empirischen Erkenntnisse insgesamt deutlich, dass quantitative Forschung zu den Teilhabemöglichkeiten und Diskriminierungserfahrungen an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht notwendig ist, um eine statistische Generalisierung der gewonnenen qualitativen Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit in Bezug auf sowohl Bildungs- und Übergangsprozesse als auch hinsichtlich des Zugangs zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Durch dieses Vorhaben können die empirischen qualitativen Erkenntnisse über die verschiedenen Wirkungszusammenhänge von Inklusions- und Exklusionsprozessen sowie die damit verbundenen Einflussfaktoren und Gelingensbedingungen der Teilhabe an Erwerbsarbeit an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht im Rahmen eines quantitativen Forschungsprojekts erweitert werden.

6.4 Implikationen der empirischen Ergebnisse

Vor dem Hintergrund der im Laufe des vorherigen Unterkapitels (6.3) diskutierten Limitationen der vorliegenden Arbeit werden im Folgenden einige Implikationen für die weitere Forschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht erläutert und kritisch reflektiert. Als eine der zentralen Implikationen der empirischen Ergebnisse zeigt sich dabei die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von bestehenden Unterstützungsstrukturen, worauf in einem ersten Schritt eingegangen wird. Daran anschließend werden einige Herausforderungen und Grenzen der Operationalisierung empirischer Intersektionalitätsforschung diskutiert, um die sich daraus ergebenden Implikationen herauszuarbeiten. Abschließend werden einige grundlegende forschungsethische und methodologische Möglichkeiten und Herausforderungen partizipativer Forschung zusammenfassend diskutiert und kritisch reflektiert.

6.4.1 Notwendigkeit der Weiterentwicklung von Unterstützungsstrukturen

Im Hinblick auf die Teilhabemöglichkeiten von BIPOC mit Behinderungserfahrungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt lässt sich ausgehend von den empirischen Erkenntnissen der vorliegenden Arbeit die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von bestehenden Unterstützungsstrukturen feststellen. Wenn die Ermöglichung der aktiven und gleichberechtigten Teilhabe und damit auch eines menschenwürdigen Lebens aller in Deutschland lebenden Menschen gelingen soll, ist es unerlässlich, sowohl die gesellschaftlich vorherrschenden Praktiken der Differenzierung und Hierarchisierung sowie damit einhergehenden intersektionalen Ungleichheits- und Diskriminierungsstrukturen kontinuierlich zu hinterfragen. Diese wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Reflexion ist ebenfalls von großer Bedeutung, um soziale und strukturelle Veränderungsprozesse (*Social Transformation*) in Gang zu bringen und nachhaltige sozio-kulturelle und politische Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

Allerdings bedürfen die bisherigen Konzepte und Strukturen zur Förderung der Teilhabemöglichkeiten von BIPOC mit Behinderungserfahrungen einer entsprechenden Weiterentwicklung, wenn die Teilhabe an Erwerbsarbeit auf Basis ihrer individuellen Voraussetzungen nachhaltig realisiert werden soll (u.a.: Pieper & Haji Mohammadi,

2014a, S. 246; Schreiner, 2017, S. 6). Grundsätzlich sollten zudem inklusive und partizipative Strukturen geschaffen und hinreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um exkludierende Faktoren der fortbestehenden kapitalistischen Verwertbarkeits- und Gewinnmaximierungslogik zu überwinden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels im Sinne konvivialistisch-solidarischer Zukunftsgesellschaft: Die Etablierung eines anderen Wirtschaftsmodells bzw. einer alternativen Ökonomie im Sinne der visionären Perspektive des Konvivialismus¹⁰ (z.B. Solidarökonomie) ist zwingend notwendig, welche alternative Formen der Beteiligung in der Gesellschaft ermöglicht.

Die konvivialistischen Überlegungen zu einer kapitalismus- und leistungskritischen Postwachstumsgesellschaft¹¹ stehen in einem engen Zusammenhang mit der anzustrebenden Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft. Die Postwachstumsgesellschaft versteht sich als »eine Gesellschaft, die das Sorgen füreinander und für die Natur in den Mittelpunkt stellt, ist automatisch kritisch gegenüber den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsimperativen. Das ist der Stachel, den etwa die Postwachstumsperspektive setzt. Es geht nicht um eine pauschale Ablehnung von »Mehr«, etwa im Bildungs- und Gesundheitssystem, an öffentlichen Dienstleistungen oder guten Lebensmitteln, sondern darum, Lernprozesse zu ermöglichen und demokratisch darüber zu entscheiden, wo ein Zuwachs an je konkreten Konsumgütern, Produktionsmitteln und Dienstleistungen gesellschaftlich erwünscht und sozial-ökologisch zu verantworten ist« (Brand & Wissen, 2017, S. 179f.).

Die realutopische Vorstellung der radikalen Demokratie geht in der konvivialistischen Ordnung der Postwachstumsgesellschaft mit einem bewussten Paradigmenwechsel einher (u.a.: Adloff, 2014; Halbrodt, 2020; Kerner, 2015). Dabei wird der Versuch unternommen, den fortwährenden Ausgrenzungs- und Exklusionserfahrungen, die aufgrund der meritokratischen Orientierung der kapitalistischen Leistungsgesellschaft besonders zum Vorschein kommen, gezielt entgegenzuwirken und ein aktives und menschenwürdiges Leben aller Menschen zu fördern (u.a.: Adloff, 2018; Afeworki Abay & Schmitt, 2022; Brand & Wissen, 2017). Demnach strebt ein inklusiver und konvivialer Ansatz ausgehend von einem Menschenrechtsparadigma die Entkopplung der Vorstellung vom Zusammenhang materiellen Wohlstands und eines »guten« Lebens an:

»Es gilt, das Maß neu zu bestimmen. Der Fokus auf Alltagspraktiken und Subjekte ist eine Antwort darauf, dass das marktförmige Wachstumsparadigma nicht nur die Wirtschafts- und Naturverhältnisse bestimmt, sondern tief in die psychosoziale Ebene eingeschrieben ist, inzwischen wie im Westen so auf Erden« (Wichterich, 2016, S. 197).

Konvivialistische Utopien und dekoloniale Anregungen zu einem von Solidarität getragenen Zusammenleben erweisen sich als besonders innovativ, die in einer kapi-

10 Unter Konvivialismus wird die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer post-neoliberalen Welt verstanden, die bestimmte Form des Kapitalismus zurückweist und neue Formen des solidarischen Zusammenlebens in einer Postwachstumsgesellschaft forciert (Adloff, 2014, 2018; Halbrodt, 2020).

11 Zum besseren Verständnis der Diskussion über die Postwachstumsgesellschaft siehe insbesondere: (Brand, 2020; Brand & Wissen, 2017; Schmelzer & Vetter, 2019).

talistisch organisierten Gesellschaft vorherrschenden, intersektional wirkmächtigen Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse zu überwinden. Segregierende und benachteiligende Strukturen der verschiedenen Teilhabesysteme wie z.B. Bildung oder Erwerbsarbeit werden dabei besonders kritisch in den Blick genommen, um der Weitertradierung und Legitimierung sozialer Ungleichheiten bspw. durch die Selektionspraktiken der leistungsorientierten Bildungs- und Arbeitsmarktsysteme entsprechend Rechnung zu tragen.

Insgesamt unterstreichen die empirischen Ergebnisse, dass die erschwerte Verwirklichung von Teilhabemöglichkeiten an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht sich nicht nur beim Zugang zu Erwerbsarbeit, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen trotz der sichtbar zunehmenden Verbesserungsbemühungen durchzieht. Ähnliche empirische Erkenntnisse lassen sich aus den Ergebnissen der hessenweit durchgeführten explorativen ›MiBeH-Studie¹² konstatieren (Westphal et al., 2023). Im Hinblick auf Identifizierung potenzieller Zugangs- und Nutzungsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen der Einrichtungen und Institutionen lässt sich feststellen, dass eine entsprechende Förderung verbesserter Teilhabe und Partizipation dieser Personengruppe grundständiger theoretisch und empirisch fundierter Konzepte mit Handlungsempfehlungen für die Politik und Praxis bedarf (u.a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Denniger, 2017; Diehl, 2017).

Ebenfalls ist entscheidend, die verschiedenen subjektiven Bestrebungen der Forschungspartner*innen nach einer gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft sowie ihre individuellen Voraussetzungen und Bedürfnissen bei der Analyse empirischer Daten nicht außer Acht zu lassen. In Bezug auf die gegenwärtige Praxis empirischer Intersektionalitätsforschung lässt sich insgesamt sowohl aus dem aktuellen Forschungsstand der Intersektionalitätsforschung im deutschsprachigen Raum als auch aus den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit feststellen, dass das Konzept der Intersektionalität noch einiger Weiterentwicklungen bedarf. In diesem Zusammenhang wird im Folgenden auf die vielfältigen Herausforderungen und Grenzen der Durchführbarkeit empirischer Intersektionalitätsforschung eingegangen.

6.4.2 Grenzen der Operationalisierung empirischer Intersektionalitätsforschung

Wie bereits im theoretischen Teil erläutert (2.2), erfährt die Rezeption und Weiterführung des Intersektionalitätskonzepts gegenwärtig eine erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit in der deutschsprachigen Migrationsforschung und den Disability Studies (Korntheuer et al., 2021), die sich u.a. durch ein verstärktes Engagement in Form von Publikationen zur Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht beobachten lässt (u.a.: Amirpur, 2016; Hinni, 2022; Köbsell, 2019; Köbsell & Pfahl, 2015; Korntheuer, 2020; Otten,

12 Die partizipativ angelegte Forschungsstudie ›MiBeH‹ wurde von 2017–2021 in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen unter der Leitung von Prof:in Dr. Manuela Westphal an der Universität Kassel durchgeführt. Mehr zu den empirischen Ergebnissen dieser qualitativ-explorativen Pilotstudie an der Schnittstelle Migration/Flucht und Behinderung siehe: (Westphal et al., 2023).

2018; Otten & Afeworki Abay, 2022; Westphal & Wansing, 2019a). Trotzdem liegen bislang nur vergleichsweise wenige empirische Erkenntnisse der Intersektionalitätsforschung vor (mehr zu dieser Kritik siehe insbesondere: Bereswill et al., 2015a). Entsprechend sind noch viele methodologischen Fragen empirischer Intersektionalitätsforschung weiterhin offen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Problemstellungen und methodisch-methodologischen Herausforderungen sollen im Folgenden einige Potenziale und Herausforderungen empirischer Intersektionalitätsforschung entlang der folgenden zentralen Fragestellungen herausgearbeitet werden:

- Welche Bedeutung haben Kategorisierungspraxen in der Aufrechterhaltung und Reproduktion von Machtverhältnissen?
- Wie kann es empirischer Intersektionalitätsforschung gelingen, diese Kategorisierungspraxen und Machtverhältnisse aufzubrechen und zu dekonstruieren, wenn sie selbst in diese Prozesse verstrickt ist?
- Inwieweit können partizipative und dekonstruktive Ansätze für die empirische Intersektionalitätsforschung fruchtbar gemacht werden?

In den letzten Jahren wurden unterschiedliche Ansätze zu der Typologie des Begriffs Intersektionalität entwickelt und einige Vorschläge zur Weiterentwicklung der bestehenden Ansätze zur Operationalisierung empirischer Intersektionalitätsforschung vorgelegt. Am bekanntesten wurde der Vorschlag von McCall (2005), die anhand eines quantitativen empirischen Zugangs auf »intercategorical complexity« (ebd., S. 1773) hinweist und für die Unterscheidung zwischen intra-, inter- und anti-kategorialen Ansätzen plädiert. Diesen zentralen Aspekt führt Degele (2019) folgendermaßen weiter aus: »Bei antikategorialer Komplexität geht es um die Dekonstruktion analytischer Kategorien oder auch ihrer Kritik per se, denn diese stellten kategoriale Unterschiede und Machtverhältnisse erst her« (ebd., S. 4). Demgegenüber geht es beim interkategorialen Ansatz um den Vergleich der Wirkung von Ungleichheitsmechanismen auf verschiedene soziale Gruppen. Im Sinne des intrakategorialen Ansatzes wird im Rahmen der Datenanalyse dem Einfluss von verschiedenen Kategorien auf bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen, die im Fokus der jeweiligen intersektionalen Analyse stehen, einen Reflexionsraum gegeben (ebd., S. 4f.).

Einen weiteren Vorschlag bietet Margaret Ledwith mit ihrem theoretischen Ansatz »*Loci of Oppression*« (2011), um neben der klassischen Trias (»race«, class, gender) noch zwei weitere Ebenen zu berücksichtigen (ebd., S. 193f.): *context* (Familie, Arbeitsplatz, Sozialraum etc.) und *level* (global, national, regional etc.). Der Ansatz ermöglicht, die konkreten und intersektionalen Lebensrealitäten von BIPOc mit Behinderungserfahrungen (bspw. in Bezug auf ihre ökonomischen und sozio-familialen Ressourcen) in der Analyse der gewonnenen empirischen Daten ergänzend zu ihren Teilhabemöglichkeiten an Erwerbsarbeit zu berücksichtigen.

Ebenfalls eröffnet der von Charles Ragin und Peer Fiss entwickelte zentrale theoretisch-analytische Ansatz »*Intersectional Inequality*« (2017) die Möglichkeit, der Verengung einer intersektionalen Analyse sozialer Ungleichheitsverhältnisse auf die im Vorfeld festgelegten Differenzkategorien »Behinderung« und »Migration/Flucht« Rechnung zu tragen und den besonderen Fokus des Forschungsprozesses vielmehr auf die Komplexi-

tät und Widersprüchlichkeit der gelebten intersektionalen Diskriminierungserfahrungen der Forschungspartner*innen zu legen. Die komplexen Teilhabebedingungen von BIPOC mit Behinderungserfahrungen wurden dabei in einem intersektionalen Kontext mit weiteren Differenzkategorien wie z.B. Gender und Klasse analysiert (mehr dazu siehe Unterkapitel 5.1.2.3). Der im angloamerikanischen Forschungskontext weitverbreitete Ansatz *Intersectional Inequality* ist für den deutschsprachigen Diskurs der Intersektionalitätsforschung als Mittel zur Verbindung von konkurrierenden, qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden erst noch fruchtbar zu machen.

Mit dieser innovativen Erweiterung des Intersektionalitätsansatzes kann ermöglicht werden, die gesellschaftlich ungleich verteilten Teilhabemöglichkeiten und damit einhergehenden Diskriminierungen von marginalisierten Gruppen aus intersektionalen und herrschaftskritischen Perspektiven besonders in den Blick zu nehmen. In diesem Zusammenhang finden in der deutschsprachigen Intersektionalitätsforschung gegenwärtig weitere ungleichheitsgenerierende Dimensionen wie etwa sozialer Status, sexuelle Identität, Alter, Hautfarbe, Bildungsstand usw. zunehmend Berücksichtigung (u.a.: Meyer, 2017; Walgenbach, 2014a). Beispielsweise berücksichtigt das erweiterte Mehrebenenmodell der Intersektionalität von Winker und Degele (2009) die Kategorie ›Körper‹, die auch Aspekte der Behinderung umfasst. Damit schließt der theoretische Ansatz von Intersektionalität an Perspektiven der Disability Studies an, die bereits seit längerem die Verwobenheiten von Gender und Behinderung in den Blick nehmen (u.a.: Jacob et al., 2010; Köbsell, 2016; Raab, 2012; Waldschmidt, 2010, 2015).

Zudem ermöglicht das Konzept der intersektionalen Mehrebenenanalyse nach Winker und Degele (2009), die Verknüpfung von Rekonstruktion subjektbezogener Auseinandersetzungen mit Identitätskonstruktionen, Strukturbedingungen und Diskursen herauszuarbeiten. Diesbezüglich argumentiert Christine Riegel (2016), dass pädagogische Diskurse und Praktiken durch machtvoll konstruierte ›Normalität‹ und Verschiedenheit zur Überlagerung der verschiedenen Differenzkonstruktionen und zur Reproduktion hegemonialer Ordnungen und bestehender Ungleichheitsverhältnisse beitragen. Eine intersektionale Analyse kann sich hierbei als besonders relevant erweisen, um soziale Konstruktionen von Zugehörigkeiten, gesellschaftlichen Machtverhältnissen und die damit verbundenen Diskriminierungen aus herrschaftskritischer Perspektive zu reflektieren und somit Lebenssituationen der betroffenen Communities in ihren intersektionalen Verwobenheiten genauer zu beschreiben (Meyer, 2017, S. 10).

Eine intersektional ausgerichtete empirische Forschung hat insofern das Potenzial, das Feld und die darin wirksamen Differenzordnungen sowohl rekonstruktiv und in ihrer Wirkmächtigkeit nachzuzeichnen als auch ebendiese zu dekonstruieren (u.a.: Tuidier, 2015). In diesem Zusammenhang wird die Tendenz essentialistischer Konstruktion einer scheinbar homogenen Untersuchungsgruppe zunehmend kritisch reflektiert und auf antikategoriale Ansätze empirischer Intersektionalitätsforschung hingewiesen, die intersektional Forschende dazu auffordern, über die Rekonstruktion der untersuchten Differenzkategorien hinaus, diskursive Parallelen, Verbindungen und Leerstellen sowie Uneindeutigkeiten und Ambiguitäten anhand eines dekonstruktivistischen bzw. antikategorialen Zugangs zu dem jeweiligen konkreten Forschungskontext ergänzend herauszuarbeiten (u.a.: McCall, 2005). Postkolonial-informierte, intersektionale Forschungszugänge wie Decolonial Intersectionality (u.a.: Kurtis & Adams,

2016; Mollett, 2017; Salem, 2014, 2016; Tamale, 2020; L. Warner et al., 2020) können hierfür anschlussfähig gemacht werden, um das konstitutive Spannungsfeld zwischen gruppenspezifischer Resignifizierung und antikategorialer Dekonstruktion in der jeweiligen konkreten Forschungspraxis kritisch zu beleuchten und zu bearbeiten (mehr zum Konzept *Decolonial Intersectionality* siehe Unterkapitel 2.2.3).

Ausgehend von diesen Erkenntnissen wird deutlich, dass in Bezug auf den theoretischen Ansatz der Intersektionalität die Frage nach der Auswahl und Gewichtung von Kategorien sich als eine zentrale Herausforderung darstellt. Dafür sind Forschungsinteresse und Fragestellung des jeweiligen Forschungsprojekts entscheidend. In diesem Sinne wurden innerhalb der vorliegenden Arbeit die intersektionalen Verwobenheiten und Wechselwirkungen von Behinderung und Migration/Flucht besonders in den Blick genommen. Wenngleich nicht auf eine umfassende Weise, wurden weitere Differenzkategorien wie z.B. Gender und Klasse in der theoretischen und empirischen Analyse berücksichtigt. Entsprechend sollen vor allem die Gemeinsamkeiten ihrer Konstruktionen verdeutlicht und die damit zusammenhängenden potenziellen Barrieren identifiziert werden, die beim Zugang zu Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besonders augenfällig in Erscheinung treten. Aus einer Ungleichheitstheoretischen Perspektive ist anzunehmen, dass die Teilhabe an Erwerbsarbeit durch machtvoll und institutionalisierte Ausgrenzungsmechanismen entlang der Herrschaftsverhältnisse von Rassismus, Ableism, Klassismus und Sexismus usw. potenziell erschwert wird (u.a.: Pieper & Haji Mohammadi, 2014a; Winker & Degele, 2009).

Als Zwischenresümee lässt sich feststellen, dass der Intersektionalitätsansatz gegenwärtig im methodisch-methodologischen Mainstream der deutschsprachigen Sozialwissenschaften einen festen Platz einnimmt (u.a.: Walgenbach, 2013, S. 1). Es ist davon auszugehen, dass die Intersektion sozialer Kategorien sehr verschiedene Facetten und sich verstärkende Wirkungen annehmen kann. So kann Behinderung in Wechselwirkung mit weiteren Kategorien wie Migration/Flucht (u.a.: Amirpur, 2016; Hinni, 2022; Korntheuer et al., 2021; Wansing & Westphal, 2014b; Westphal et al., 2023; Westphal & Wansing, 2019b) unterschiedliche Teilhabe- und Verwirklichungschancen (*Capabilities*) beim Zugang zu Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bedingen. Diesbezüglich merken Winker und Degele (2009) an, dass davon auszugehen ist, dass »Kategorien sich wechselseitig verstärken, abschwächen oder verändern« (ebd., S. 10). Dies hat u.a. zur Folge, dass die Zusammenwirkung der Differenzkategorien, die Reproduktion sozialer Ungleichheiten und institutioneller Diskriminierungen maßgeblich beeinflusst (u.a.: Baldin, 2014, S. 55; Walgenbach, 2013, S. 1).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass in den letzten Jahren zunehmende Bemühungen zu beobachten sind, Konzepte und Ansätze der Intersektionalität nicht nur in akademischen Diskursen, sondern auch in Antidiskriminierungsarbeit und Gleichstellungspolitik praktisch zu implementieren. Während längst von einem Paradigma der Intersektionalitätsforschung die Rede ist, zeigt sich in der konkreten Operationalisierung empirischer Intersektionalitätsforschung ein konstitutives Unbehagen zwischen gruppenspezifischer Resignifizierung und antikategorialer Dekonstruktion (u.a.: Puar, 2012; Yuval-Davis, 2010). Entsprechend besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf zum konstitutiven Spannungsfeld empirischer Intersektionalitätsforschung zwischen

Dekonstruktion und Reproduktion von rasternden, identitären Festlegungen und gruppen-spezifischen Resignifizierungen.

Im Anschluss an McCall (2005) erfahren inter-, intra- und antikategoriale Ansätze (ebd., S. 1773), die darauf abzielen, sozial konstruierte Kategorien aufzulösen und der Komplexität sozialer Wirklichkeiten Rechnung zu tragen, eine zunehmende theoretische Aufmerksamkeit in der deutschsprachigen Intersektionalitätsforschung (zusammenfassend dazu siehe u.a.: Tuider, 2015). Ein dekonstruktivistischer Forschungszugang zu den vielfältigen sozialen, diskursiven oder akademischen Kategorisierungspraxen gestaltet sich jedoch im konkreten Kontext der empirischen Intersektionalitätsforschung sehr komplex und z.T. auch widersprüchlich. Diesbezüglich unterstreicht McCall (2005), dass Forschung über intersektionale Diskriminierungen und soziale Ungleichheit in einem dauerhaften Dilemma zwischen De-Kategorisierungen und Reproduktion von Kategorisierungen verhaftet bleibt:

»Certainly, feminists of color have been critical of a certain version of essentialism that has defined women as a single group, but virtually all feminists now share this criticism. Feminists of color have also rejected the individualistic project of a politics based on identification and opposition, as have poststructuralists. But while taking such positions, many feminists of color have also realized that such a critique does not necessitate a total rejection of the social reality of categorization« (ebd., S. 1779).

Auch im Verlauf des Forschungsprozesses zeigt sich das konstante Dilemma zwischen Kategorisierung und De-Kategorisierung bzw. Dekonstruktion von Differenzkategorien als zentrale Herausforderung der Intersektionalitätsforschung. In diesem Sinne sind auch meine eigenen Verstrickungen in dieses komplexe Dilemma als Forschender nicht von der Hand zu weisen. Mit diesen Erkenntnissen wird einerseits die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Selbstreflexion deutlich. Andererseits ist es wichtig, über eine Selbstreflexion hinaus, vielfältige Verschränkungen verschiedener Unterdrückungsformen im Forschungskontext besonders kritisch in den Blick zu nehmen.

Wie bereits im Unterkapitel 2.1.3 erläutert, wird innerhalb der vorliegenden Arbeit der emanzipatorische Begriff ›BIPoC‹ als kollektive Selbstbezeichnung verwendet. Allerdings sind einige Forschungspartner*innen kritisch gegenüber dem Begriff ›BIPoC‹, weshalb sie stattdessen andere Selbstbezeichnungen wie ›Migrant‹, ›Schwarz‹, ›Diaspora‹, ›Refugee‹ oder ›Migra-Kind‹ für sich nutzen. Hier zeigen sich die Komplexität und Grenze der Etablierung einer vermeintlich für alle rassifizierte Gruppen angemessenen kollektiven Selbstbezeichnung. Entsprechend müssen die bestehenden Herausforderungen einer intersektionalen Perspektive im jeweiligen empirischen Forschungskontext mit den Forschungspartner*innen ausgehandelt werden, um die eigenen Verstrickungen der Forschenden in das Fortbestehen gesellschaftlicher Zuschreibungs- und Machtverhältnisse kritisch zu reflektieren.

In Bezug auf dieses komplexe Dilemma lässt sich mit Spivak (1996) argumentieren, dass essentialisierende Selbstzuschreibungen relevant sein können, um die politischen Handlungsbedarfe zur Bekämpfung von Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnissen strategisch nutzbar zu machen. Spivaks Konzept des *strategischen Essentialismus* hat zwar ein großes Potenzial, um die Widerstands- und Handlungsfähigkeiten von subalternen und marginalisierten Gruppen mit ihren identitätspolitischen Fragen im

Kampf gegen diskriminierende gesellschaftliche Strukturen in den Vordergrund einer aktiven Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik zu stellen: »a strategic use of positivist essentialism in a scrupulously visible political interest« (ebd., S. 214).

Allerdings geht das Konzept des *strategischen Essentialismus* mit der potenziellen Gefahr einher, die Handlungsmacht der betroffenen Communities auszublenden und somit essentialisierende Fremdzuschreibungen zu legitimieren, wie Spivak (2008b, S. 260) selbst in ihren späteren Arbeiten kritisiert. Dies wirft weitere Fragen nach der Komplexität und Verstrickung von Forschung über marginalisierte Gruppen in postkoloniale Machtverhältnisse auf. Einerseits erweist sich die besondere Thematisierung von intersektionalen Diskriminierungen unter Rückgriff auf bestehende Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse als Gesellschaftskritik auf der strukturellen Ebene als notwendig. Andererseits birgt die starke Fokussierung auf intersektionale Diskriminierungen der Betroffenen die potenzielle Gefahr, essentialistische Zuschreibungen gegenüber den betroffenen Gruppen auf der Repräsentationsebene bzw. symbolischen Ebene insbesondere innerhalb der hegemonialen Diskurse zu (re-)produzieren (u.a.: Korntheuer et al., 2021; Yeo, 2020; Yeo & Afeworki Abay, 2023).

Das Hervorheben der Herrschaftsverhältnisse wie Ableism, Rassismus, Sexismus und Klassismus etc. kann sich aber auch im Sinne eines strategischen Essentialismus als hilfreich erweisen, um die komplexen Verflechtungen von strukturellen Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnissen in den Fokus der empirischen Analyse zu rücken und die entsprechenden politischen Forderungen von marginalisierten Gruppen kollektiv zu stellen. In diesem Zusammenhang wird Spivaks (1996, 2008b) positivistischer Gedanke zu einem strategischen Essentialismus, trotz der widersprüchlichen Diskussionen über Dekonstruktion und Reproduktion von essentialistischen Selbstzuschreibungen anhand der bestehenden Kategorisierungspraxen, weiterhin als identitätspolitisches Instrument zur Durchsetzung von Interessen der unterschiedlichen marginalisierten Gruppen als unverzichtbar erachtet.

Vor dem Hintergrund dieser epistemologischen Erkenntnisse wurde von Gabriele Dietze et al. (2007) das Konzept des »strategischen Kategorialismus« (ebd., S. 139) entwickelt. Ebenfalls wurde in der Buchreihe von Mai-Anh Boger zum »Trilemma der Inklusion« (2019a, 2019b, 2019c) diese Problematik und Dilemmata der Kategorisierung und Dekonstruktion differenziert beschrieben und umfassend analysiert. Ausgehend von der theoretischen Annahme, dass empirische Intersektionalitätsforschung im Spannungsfeld zwischen Aufrechterhaltung und Dekonstruktion von Kategorisierungspraxen steht, lässt sich fragen, welche methodischen Zugänge notwendig sind, um dieses grundsätzliche Dilemma durch die Berücksichtigung subjektiver Perspektiven der Betroffenen aufzulösen (u.a.: Otten, 2020; Otten & Afeworki Abay, 2022).

Die bisher vorgenommenen Ausführungen deuten ebenfalls darauf hin, dass Prozesse der De-Kategorisierung und Dekonstruktion von essentialisierenden Markierungen und Etikettierungen selbst auch in die Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen Zuschreibungen verstrickt sind. Im Sinne des »strategischen Kategorialismus« (Dietze et al., 2007, S. 139) liegt das grundlegende Potenzial einer kritisch-reflexiven Kategorisierungspraxis darin, bestehende soziale Ungleichheitsverhältnisse entlang der jeweiligen Differenzkategorien im jeweiligen intersektionalen Kontext benennbar und bearbeitbar

zu machen. Dieses intersektionale Anliegen lässt sich in Anlehnung an Crenshaw (1995) als »the politics of naming« beschreiben:

»This is not to deny that the process of categorization is itself an exercise of power; the story is much more complicated and nuanced than that [...] One may only think about the historical subversion of the category ›black‹ or the current transformation of ›queer‹ to understand that categorization is not a one-way street. Clearly, there is unequal power, but there is nonetheless some degree of agency that people can do and exert in the politics of naming« (ebd., S. 375).

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich einerseits die Notwendigkeit eines kontinuierlichen, selbstkritischen und reflexiven Umgangs mit der Dynamik der (Re-)Produktion von Differenzen im Forschungsprozess. Andererseits ist es wichtig, über eine Selbstreflexion hinaus, eine kritische Analyse der vielfältigen Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen im Forschungsprozess besonders in den Blick zu nehmen. Um das konstante Dilemma zwischen Kategorisierung und De-Kategorisierung zu überwinden, ist es daher wichtig, dass weitere Mechanismen der gesellschaftlichen Unterdrückung und Diskriminierung ebenfalls anerkannt und angegangen werden müssen, wenngleich bestimmte Differenzkategorien im Mittelpunkt der jeweiligen empirischen Intersektionalitätsforschung stehen.

Im Hinblick auf die makropolitische Rahmung empirischer Intersektionalitätsforschung ist festzustellen, dass die bestehenden methodisch-strukturellen und forschungsökonomischen Bedingungen viele Forschende bspw. in Drittmittelprojekten aber auch in Qualifikationsarbeiten vor erhebliche Probleme stellen. Dies zeigt sich bspw., wenn in Drittmittelanträgen als Begutachtungskriterien von Forschungsförderungen bereits detaillierte Fragestellungen, eindeutige methodische Verortungen von Erhebung und Interpretation und nicht selten auch schon Angaben zu im geplanten Forschungsprojekt zu berücksichtigenden Differenzkategorien wie Migration/Flucht und Behinderung erwartet werden (u.a.: Otten & Afeworki Abay, 2022). So entsteht die Gefahr, bereits vor der empirischen intersektionalen Forschungspraxis eine einfache Addition der einzelnen Diskriminierungsordnungen zu reproduzieren. In einem gelungenen Fall lassen sich wichtige Grundentscheidungen zur forschungspraktischen Umsetzung einer ›förderwürdigen‹ Intersektionalitätsforschung eine Weile offenhalten und im Laufe des konkreten Forschungsprozesses aushandeln.

Aus einer forschungsethischen Sicht ist hoch problematisch, dass Wissen aus forschungsökonomischen Gründen (insbesondere unzureichende zeitliche und finanzielle Ressourcen) möglichst schnell produziert werden muss. Diese zunehmende Akkumulationslogik der Wissenschaft zeigt sich insbesondere in der knappen Ressourcenausstattung aufgrund der wettbewerbsorientierten Drittmittelfinanzierung (siehe dazu auch: Graf, 2017; Korntheuer et al., 2021; Nind, 2014). Vor diesem Hintergrund ist zwingend notwendig, sowohl das eigene Handeln im Forschungsprozess als auch die eigenen Verstrickungen in das zunehmend neoliberale Wissenschaftssystem kritisch zu hinterfragen, damit der Kerngedanke partizipativer Forschung, den Stimmen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen Gehör zu verschaffen, nicht verloren geht (u.a.: Bergold & Thomas, 2012, S. 123; von Unger, 2014a, S. 61).

Insgesamt lässt sich vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen konstatieren, dass die Intersektionalitätsforschung in ihrem scheinbar unauflösbaren Dilemma zwischen der Kategorisierung und De-Kategorisierung verhaftet bleibt. Zudem verdeutlichen diese Diskussionen, dass die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge komplexe, theoretische und empirische Analysestrategien sowie die entsprechende Bezugnahme auf die lebensweltlichen Perspektiven der betroffenen Communities verlangt (u.a.: Yeo & Afeworki Abay, 2023). Partizipative Forschung rückt hier in den Fokus der empirischen Intersektionalitätsforschung, da hierdurch ermöglicht werden kann, subjektive Artikulationsmöglichkeiten der Betroffenen in den Vordergrund der kritischen Analyse sozialer Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse und damit einhergehenden Handlungsstrategien der Betroffenen zu stellen (Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022). Dabei ist die Reflexion methodologischer und forschungsethischer Herausforderungen und Grenzen partizipativer Forschungszugänge bedeutsam, worauf im Folgenden vertiefend eingegangen wird.

6.4.3 Cultural Humility: Kritische Reflexionen der eigenen Positionalität in der partizipativen Forschungspraxis

Trotz der intensiven Auseinandersetzung mit potenziellen Herausforderungen partizipativer Forschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht bereits in der Vorbereitung auf die Feldforschung, zeigt sich anhand des empirischen Forschungsprozesses, dass einige unerwartete Herausforderungen erst im konkreten Forschungsverlauf auftreten. In diesem Abschnitt wird daher auf die konkreten Erfahrungen der eigenen Forschungspraxis als methodologische und forschungsethische Reflexion detaillierter eingegangen.

In den letzten Jahren weisen viele partizipativ forschende Wissenschaftler*innen in ihren Arbeiten darauf hin, dass die aus den beschriebenen Herausforderungen resultierende notwendige Reflexion methodologischer und forschungsethischer Fragen erst während des konkreten Forschungsprozess durchzuführen ist (u.a.: Clark-Kazak, 2019; Mackenzie et al., 2007; Nguyen, 2020; Nind, 2009; Pittaway et al., 2010; von Unger, 2018b). Vor diesem Hintergrund bezeichnet Tina Cook (2009) empirische Prozesse partizipativer Forschung als »messy« (ebd., S. 227). Diesen Aspekt führt die Wissenschaftlerin in ihrem aktuellen Beitrag folgendermaßen aus:

»It is likely to be a messy process, particularly if the knowledge of others, including the knowledge of the seldom heard, destabilises the very assumptions that underpin accepted pathways and processes for acting. It is also a generative process leading to different and sometimes unexpected ways of understanding forms of knowledge and associated actions that could not have been known at the outset« (Cook, 2021, S. 2).

Bezugnehmend auf die bestehenden Erfahrungen anderer Forschungsstudien mit partizipativer Forschung (u.a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022; Schaefer & Narimani, 2021; Westphal et al., 2023) war im Vorfeld der Feldforschung davon auszugehen, dass der Feldzugang zu BIPOC mit Behinderungserfahrungen, die zumeist für die Forschung als ›Hard-to-Reach‹ markiert werden, mit vielfältigen intersektionalen Herausforderungen einhergeht, die im Unterkapitel 6.4.3.2

vertiefend diskutiert werden. Eine Herausforderung stellt dabei die Erreichbarkeit dieser Personengruppe dar, deren Ausschluss sowohl von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe als auch von einer aktiven Forschungspartizipation im jeweiligen Forschungsprojekt eine besondere Berücksichtigung erfordert (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Schaefer et al., 2021; von Unger, 2018a; Wöhrer et al., 2021).

Wie bereits im Unterkapitel (4.3.1) erläutert, wurden in der Vorbereitungsphase insbesondere einige forschungspraktische Aspekte entlang der folgenden Fragen in den Blick genommen:

- Wo liegen die Grenzen der Erklärungskraft der Teilhabeforschung, in der Wissen *über* statt *mit* marginalisierten Gruppen produziert wird?
- Wie kann es gelingen, der gängigen Annahme der vermeintlichen ›Schwererreichbarkeit‹ und ›Schwerbefragbarkeit‹ bestimmter Gruppen Rechnung zu tragen?
- Welche Zugänge eignen sich besonders für die Gewinnung von potenziellen Forschungspartner*innen?

Das am Anfang dieses Abschnitts beschriebene *Messiness* partizipativer Forschung zeigte sich auch im Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit. Beispielsweise wurde der Aufbau einer guten, ersten Forschungsbeziehung mit den Forschungspartner*innen coronabedingt erschwert. Dabei musste zwischen der Phase des Kennenlernens und der ersten Datenerhebung, aber auch zwischen den drei Phasen der Datenerhebung, jeweils eine längere Pause aufgrund der coronabedingten Mobilitäts- und Kontakteinschränkungen eingelegt werden. Neben diesen praktischen Hindernissen bestand eine weitere, zentrale Herausforderung darin, den eigenen Anforderungen, bspw. der Sichtbarmachung der subjektiven Perspektiven der Forschungspartner*innen, gerecht zu werden:

»Yet this mess has a purpose. It is in this messy area that reframing takes place and new knowing, which has both theoretical and practical significance, arises: a messy turn takes place« (Cook, 2009, S. 227).

Um dieses zentrale Potenzial der *Messiness* partizipativer Forschung im empirischen Prozess nutzbar zu machen, war die Bearbeitung weiterer methodologischer und forschungsethischer Fragen notwendig:

- Wie kann die gemeinsame Auswertung der empirischen Daten gelingen, um den verschiedenen subjektiven Perspektiven der Forschungspartner*innen auch bei der Interpretation der Forschungsergebnisse gerecht zu werden?
- Wie und in welchem Rahmen kann die eigene Voreingenommenheit, Positionalität und Standortgebundenheit reflektiert werden?
- Inwieweit lassen sich die Fragen des *Ownership* der Forschungsdaten und Sichtbarkeit der Forschungspartner*innen im gesamten Forschungsprozess adressieren, um bestimmte Formen des *epistemischen Extraktivismus* zu verhindern?
- Wie kann also sichergestellt werden, dass die Forschungsergebnisse an die beteiligten Communities und Praxispartner*innen rückgekoppelt werden?

In diesem Zusammenhang werden zunächst die im Rahmen des empirischen Forschungsprozesses gewonnenen Erkenntnisse mit bestehenden forschungsethischen und methodologischen Herausforderungen partizipativer Forschung in Zusammenhang gebracht und kritisch reflektiert. An diese Ausführungen schließen sich die entsprechenden methodologischen und forschungspraktischen Überlegungen zur gelingenden Erreichung und Befragung von sog. ›Hard-to-Reach‹ Gruppen in einem weiteren Schritt an. Die mit forschungsethischen und methodologischen Fragen einhergehende Notwendigkeit kritischer Reflexion der eigenen Standortgebundenheit wird in einem abschließenden Schritt als fortwährender, notwendiger Prozess des Lernens und Verlernens erläutert.

6.4.3.1 Methodologische und forschungsethische Herausforderungen

In der empirischen qualitativen Forschungspraxis stellen sich grundsätzlich viele methodische und forschungsethische Fragen. Die Art und Inhalte dieser Fragen variieren jedoch je nach Forschungsprojekt. Vor allem betreffen diese Fragen insbesondere Forschungskontexte, die den direkten Face-to-Face-Kontakt mit Personen beinhalten. Während dieser Interaktionen werden eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen, die sowohl methodischer Abwägungen als auch forschungsethischer Reflexion bedürfen. Diese betreffen insbesondere der Umgang mit den Wünschen und Forderungen der Forschungspartner*innen im Hinblick auf eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lebenslagen sowie den Umgang mit Forschungsdaten, die im Vertrauen erzählt und somit nicht transkribiert werden sollen oder nach dem Ausschalten des Aufnahmegeräts mitgeteilt werden (u.a.: Breuer et al., 2011, S. 441; von Unger, 2014a, S. 21ff.).

Diese und weitere Informationen wurden innerhalb des Forschungsprozesses der vorliegenden Arbeit unmittelbar nach dem Interview zur Reflexion dieser Fragen einerseits und zur Erfassung der situativen und nonverbalen Forschungsaspekte und Auffälligkeiten andererseits in Form von *Postskriptum* dokumentiert (u.a.: Breuer et al., 2011, S. 441; von Unger, 2014a, S. 21ff.). Diese Informationen waren auch bei der Auswertung und Interpretation der empirischen Daten von großer Bedeutung (Lamnek & Kress, 2016, S. 347f.), da sich qualitative Sozialforschung immer auch daran messen lassen muss, inwieweit mit diesen Fragen kritisch-reflexiv und ethisch verantwortungsvoll umgegangen wird (von Unger et al., 2014, S. 21ff.).

Hinsichtlich der vielfältigen Diskurse über *Partizipation* ist ebenfalls darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtige Tendenz eines undifferenzierten Universalismus partizipativer Forschung, die eine selbstbestimmte Ablehnung der Forschungsteilhabe (*Nicht-Partizipation*) marginalisierter Gruppen beinahe verunmöglicht, einer kritischen Reflexion ihrer machttheoretischen Verwicklungen bedarf (u.a.: Cañas, 2015; Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022). Entsprechend ist im Hinblick auf die grundlegend emanzipatorischen Konzepte wie *Partizipation* oder *Empowerment* zu beachten, dass sie keineswegs per se als Allheilmittel für bestehende gesellschaftliche Mechanismen der Ausgrenzung und Diskriminierung aufgefasst werden können. Aus einer forschungsethischen Perspektive ist es daher notwendig, die Möglichkeit einer ›Nicht-Partizipation‹ von marginalisierten Gruppen an bestimmten Forschungsprojekten zu schaffen und zu reflektieren (u.a.: Afeworki Abay, 2023a; Allweiss & Burtscher, 2019; von Unger, 2018b).

Trotz der beschriebenen eindeutigen Vorteile und Potenziale, welche partizipative Forschung bietet, um insbesondere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen durch innovative Wege zu erreichen und in den jeweiligen Forschungsprozess mit einzubinden, wird innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses in den letzten Jahren zunehmend kritisiert, dass einige empirische Projekte partizipativer Forschung gerade im Kontext von Behinderung oder Migration/Flucht unter dem Deckmantel der Sichtbarmachung bestehender gesellschaftlicher Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse, soziale und politische Kämpfe von marginalisierten Gruppen vereinnahmen (mehr zu dieser Kritik siehe u.a.: Pittaway et al., 2010; Wallerstein et al., 2018).

Die Giving-Voice-Bewegung, deren geschichtlicher Ursprung in der emanzipatorischen Behindertenbewegung der 1960er und 1970er Jahre in den USA liegt, sensibilisiert für die Notwendigkeit, den Erfahrungen von Menschen mit Behinderungserfahrungen im Rahmen qualitativer Forschungen ›eine Stimme zu verleihen‹, da diese zumeist ungehört blieben (Bogdan & Biklen, 1998). Allerdings lässt sich auch innerhalb der partizipativen Forschung beobachten, dass durch die Bezugnahme auf die prominente Formel ›Giving Voice‹ oft der Eindruck vermittelt wird, Forschungsprojekte oder Forscher*innen würden marginalisierten und subalternen Gruppen ›eine Stimme geben‹ (mehr zu dieser Kritik siehe u.a.: Cabot, 2016; Fine & Weis, 2003; Kremsner, 2017; Nguyen, 2020; Pittaway et al., 2010; Vorhaus, 2015).

Die subalternen und marginalisierten Gruppen haben ihre eigenen Stimmen; Es ist daher als ethische Verantwortung der Forscher*innen zu verstehen, dass das primäre Anliegen partizipativer Forschung mit marginalisierten Gruppen nicht darin besteht, ihnen eine Stimme zu verleihen, sondern den notwendigen Raum zu schaffen, damit die Betroffenen selbst ihre individuellen Voraussetzungen, Bedürfnisse, gelebten Diskriminierungserfahrungen sowie ihre sozialen und politischen Kämpfe artikulieren können (u.a.: Betscher, 2019; Buchner et al., 2016; Mackenzie et al., 2007; Roth & von Unger, 2018; von Unger, 2018b, 2021). Ebenso entscheidend ist die Frage, inwieweit und in welchem Umfang die in Forschungsprojekten artikulierten Diskriminierungserfahrungen und subjektiven Bestrebungen nach einer gesellschaftlichen Teilhabe sowie damit verbundenen Handlungsstrategien und -ressourcen der Betroffenen in der Analyse empirischer Daten berücksichtigt werden, um auf unmittelbare Veränderungs- und Verbesserungsprozesse sozialer Wirklichkeiten hinzuwirken (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Kremsner, 2017; Vorhaus, 2015).

In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise mit dem Positionspapier ›*We are not your next interesting arts project!*‹ von RISE (Refugees, Survivors and Ex-detainees), der ersten Organisation von geflüchteten Menschen in Australien, zehn grundlegende Forderungen nach der notwendigen Entwicklung eines respektvollen und selbstkritischen Vorgehens insbesondere an Kunstschaffende gestellt, die Projekte mit geflüchteten Menschen durchführen:

»We are not your next interesting arts project. Our community are not sitting waiting for our struggle to be acknowledged by your individual consciousness nor highlighted through your art practice« (Cañas, 2015, o.S.).

Diese grundlegenden Fragen nach den Verstrickungen von Forschenden in postkoloniale Machtverhältnisse stellen sich in unterschiedlichem Ausmaß auch in der Forschung

zu Migration/Flucht (u.a.: Hugman et al., 2011; Mackenzie et al., 2007; Pittaway et al., 2010). Vor dem Hintergrund dieser epistemologischen Fragen wird in den letzten Jahren im Anschluss an die Forderungen des RISE-Kollektivs gleichfalls im deutschsprachigen Diskurs eine zunehmende kritische Diskussion über die anzustellenden forschungsethischen Reflexionen hinsichtlich der Vereinnahmungen und Instrumentalisierungen der politischen Kämpfe von geflüchteten Menschen durch die verschiedenen Forschungsprojekte mit geflüchteten Menschen sichtbar (zusammenfassend dazu siehe u.a.: Bettscher, 2019; Franz & Unterkofler, 2021; Frieters-Reermann et al., 2021; Korntheuer et al., 2021; Wesselmann & Schallenberg, 2021).

Ebenfalls wird innerhalb des Forschungsprozesses der vorliegenden Arbeit die Frage nach der notwendigen kritischen Reflexion der eigenen Standortgebundenheit, Privilegierungen und Verstrickungen in Machtverhältnisse gestellt. Anhand eines Interviewauszugs wird im Folgenden erläutert, welche forschungsethischen Herausforderungen bspw. aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen, Interessenlagen und Machtunterschiede zwischen einer akademischen Wissensgenerierung und der im konkreten partizipativen Forschungsprojekt anzustrebenden politischen Einflussnahme zur Veränderung sozialer Wirklichkeiten der betroffenen Communities bestehen. Nebiyu stellt hier den Nutzen von Forschung über geflüchtete Menschen grundsätzlich in Frage und begründet sein fehlendes Vertrauen in die Forschung mit seinen schlechten Erfahrungen:

»No offence, but honestly, would you be sitting here with me today and talk about my situations if you won't get paid from your university? No, I don't think so. You know as a refugee you have to have a thick skin; whenever smiley white people coming to your camp and ask you hey how are you doing today, we want to ask you about your life situations, but they don't care actually about you, or mostly they can't do anything about it because these structures don't just change overnight. How can you even change the global racist system that has been shaping the capitalist world from the time of slavery and colonialism until today?« (Nebiyu, Z. 245–252)

Im weiteren Verlauf des Interviews erläutert Nebiyu seine schlechten Erfahrungen mit Forschungsprojekten im Kontext von Migration/Flucht und die damit verbundene ›Forschungsmüdigkeit‹:

»For me, many of the research projects are like voyeurism, a really bad one actually. Like, I said I know this already as I was living in Dadaab refugee camp in Kenya where researchers from Europe, Canada, USA, Australia and everywhere came to study our situations you know? (laughs). I know they don't do anything for us, I have it seen it many times. You can't even imagine how many refugees were hoping to get help from those researchers but in the end nothing happened. They just play around with your hope, it's not just fair.« (Nebiyu, Z. 252–258)

In ähnlicher Weise wurde bereits vor einigen Jahren vom RISE-Kollektiv auf die Machtverhältnisse zwischen Forschenden bzw. Kunstschaffenden und ihren Zielgruppen (Partner*innen in Forschungs- und Kunstprojekten) hingewiesen und auf die entsprechende Notwendigkeit eines selbstreflexiven und herrschaftskritischen Umgangs mit ethischen Fragen solcher Projekte mit geflüchteten Menschen betont:

»Our struggle is not an opportunity, or our bodies' a currency, by which to build your career. Rather than merely focusing on the ›other‹ (›where do I find refugees‹, etc) Subject your own intention to critical, reflexive analysis. What is your motivation to work with this particular subject matter? Why at this particular time?« (Cañas, 2015, o.S.).

Insgesamt lässt sich anhand der oben skizzierten Diskussionen aufzeigen, dass empirische Forschungsprojekte mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen mit dem konstitutiven Spannungsverhältnis zwischen der Sichtbarmachung und Vereinnahmung der verschiedenen sozialen Widerstandspraxen gegen gesellschaftliche Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse einhergehen. Entsprechend ist die Gefahr des *epistemischen Extraktivismus* (u.a.: de Sousa Santos, 2018b; Demart, 2022; Quijano, 2000, 2016; Segato, 2022) im jeweiligen partizipativen Projekt machtkritisch zu reflektieren. In diesem Sinne kann das Streben nach Dekolonialisierung eurozentristischer Wissensproduktion an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht bedeuten, politische Forderungen bestehender sozialer Kämpfe von marginalisierten Communities gegen Herrschaftsverhältnisse durch erkenntnistheoretische Fragestellungen zu stärken: »epistemological imagination aimed at refounding the political imagination [...] to strengthen the social struggles against domination« (de Sousa Santos, 2018a, S. 126). Hierfür ist die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Standortgebundenheit und Positionalität der Forschenden unabdingbar.

Ende der 1990er Jahre wurde das Konzept ›*Cultural Humility*‹¹³ von Melanie Tervalon und Jann Murray-García (1998) als kritische Weiterentwicklung des Konzepts der interkulturellen Kompetenz und zur Überwindung der damit verbundenen Veränderung von migrantisierten Communities und ihren Lebenslagen in den Diskurs partizipativer Gesundheitsforschung eingebracht. Seitdem wird im angloamerikanischen Diskurs die vermeintliche Schwererreichbarkeit und Schwerbefragbarkeit von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen insbesondere innerhalb der Gesundheitsforschung und Sozialen Arbeit zunehmend kritisch reflektiert (u.a.: Azzopardi & McNeill, 2016; Danso, 2018; Fisher-Borne et al., 2015; Tascon & Gatwiri, 2020). Ausgehend von dem partizipativen Forschungsprojekt (PaKoMi)¹⁴ zur Gesundheitsförderung und HIV-Prävention von migrantisierten Communities wird auch in Deutschland zunehmend angestrebt, den Fokus mehr auf die erschwerte Erreichbarkeit der verschiedenen Informations- und Beratungsangebote zu den bestehenden Gesundheits- und Sozialleistungen zu legen sowie eine bessere Kooperation zwischen den unterschiedlichen sozialen Organisationen zu fördern (von Unger, 2012a).

Bezugnehmend auf diese empirischen Erkenntnisse und methodologischen Reflexionen scheint sich partizipative Forschung insbesondere im Kontext von Migration/Flucht im Laufe des letzten Jahrzehnts einem grundlegenden Wandel im deutschsprachigen Raum unterzogen zu haben (u.a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Frieters-Reer-

13 Mehr zur Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten des Konzepts innerhalb der verschiedenen partizipativen Forschungsprojekte siehe insbesondere: (Afeworki Abay & von Unger, 2023; Israel et al., 2018; Muhammad et al., 2018).

14 Das partizipative Forschungsprojekt ›PaKoMi‹ wurde von 2008-2011 in Kooperation mit der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (DAH) und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unter der Leitung von Prof.'in Dr. Hella von Unger durchgeführt.

mann et al., 2021; Korntheuer et al., 2021; Sylla et al., 2019; Westphal et al., 2023). So ist auch in Bezug auf die gängige Annahme der vermeintlichen Schwererreichbarkeit und Schwerbefragbarkeit von BIPOC mit Behinderungserfahrungen zu konstatieren, dass zur Erreichung und Befragung der betroffenen Communities der kritische Blick vielmehr auf die bestehenden unzugänglichen Strukturen der Forschungsteilhabe sowie auf die eigenen Verstrickungen der Forschenden in Machtverhältnisse im Sinne von *Cultural Humility* zu richten ist (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023).

Dies impliziert, dass die gegenwärtige partizipative Forschungspraxis an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht einiger Weiterentwicklungen bedarf, um das Fortbestehen der theoretischen und methodischen Annahme der ›Hard-to-Reach‹ Gruppe zu überwinden und Möglichkeiten einer aktiven Partizipation von BIPOC mit Behinderungserfahrungen stärker zu fördern. Im nachfolgenden Abschnitt soll daher auf einige konkrete methodologische und forschungspraktische Überlegungen zur Entwicklung eines entsprechenden Feldzugangs von BIPOC mit Behinderungserfahrungen als ein zentraler Aspekt partizipativer Forschungsprozesse der vorliegenden Arbeit eingegangen werden.

6.4.3.2 Beyond ›Hard-to-Reach‹: Forschungspraktische und methodologische Überlegungen

Wie bereits im Verlauf der vorliegenden Arbeit mehrfach erläutert, werden BIPOC mit Behinderungserfahrungen trotz der vielversprechenden Potenziale partizipativer Ansätze bislang nur selten als Subjekte sozialwissenschaftlicher empirischer Forschung anerkannt und in den entsprechenden empirischen Prozessen aktiv einbezogen. Ein langjährig veränderter Forschungszugang von BIPOC mit Behinderungserfahrungen führt nicht zuletzt zu der Konstruktion der betroffenen Communities als ›Hard-to-Reach‹ und somit zur Exklusion aus der Forschung (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Iphofen, 2020; Sims, 2020; Soldatic et al., 2015; Wöhrer et al., 2021). Im Hinblick auf die gängige homogenisierende Annahme, dass BIPOC mit Behinderungserfahrungen für die Forschung vermeintlich eine ›Hard-to-Reach‹ also eine ›schwer erreichbare‹ bzw. ›schwer befragbare‹ Gruppe darstellen (Afeworki Abay & Engin, 2019, S. 379), lässt sich anhand der Forschungserfahrungen feststellen, dass der partizipative Forschungsansatz eine differenzierte, subjektive Perspektive dieser Personengruppe ermöglicht. Entscheidend ist dabei, in den Blick zu nehmen, dass die Erreichbarkeit und Befragbarkeit dieser Personengruppe von den jeweiligen Forschungsmethoden und Ressourcen (u.a. finanzielle und zeitliche Kapazitäten sowie die Netzwerkarbeit mit den Community- und Praxispartner*innen) abhängt.

Zudem ist für den Erfolg eines partizipativen Forschungsprojekts die Berücksichtigung der spezifischen Behinderungsformen (u.a.: Buchner et al., 2016; Schröttle & Hornberg, 2014; Schröttle et al., 2013; Schuppener et al., 2020; Wöhrer et al., 2021) sowie der lebensweltlichen und migrationspezifischen gesellschaftlichen Bedingungen der Forschungspartner*innen wie z.B. Sprach- und Kommunikationsbarrieren und soziale Herkunft von großer Bedeutung (u.a.: Aden et al., 2019; Kaufmann et al., 2019; Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022; Westphal et al., 2023). Dementsprechend empfiehlt es sich, innovative, barrierearme, herrschaftskritische und partizipative Zugänge anzustreben, um eben diese Gruppe stärker in qualitative

Forschungsprozesse einzubeziehen und ihre intersektionalen Lebensrealitäten in den Mittelpunkt des jeweiligen Forschungsprojekts zu stellen:

»People affected by such (multiple) inequalities are thus ›easy to ignore‹ as they are commonly ascribed as lacking resources to engage in and understand scientific processes. We therefore want to step back from using ›hard to reach‹ as an attribution, and show how participation of disenfranchised target groups can be achieved with established methodologies« (Wöhler et al., 2021, S. 2).

Im Hinblick auf die Zugangsbarrieren zu qualitativen Forschungsprozessen mit BIPoC mit Behinderungserfahrungen sind daher die bestehenden methodisch-methodologischen Herausforderungen ernst zu nehmen. Der barrierearme Zugang stellt dabei eine der wichtigsten Bedingungen partizipativer Forschung dar (u.a.: Abma et al., 2018; Afeworki Abay & Engin, 2019; von Unger, 2014a). Deshalb ist es zwingend notwendig, barrierearme Forschungsmethoden zur Partizipation von Menschen mit Behinderungserfahrungen von der Planung, Entwicklung und Durchführung bis hin zur Auswertung der erhobenen Daten einzusetzen sowie auf Zugänglichkeit zu achten. Vor allem bei der Einbeziehung von Menschen mit sog. Lernschwierigkeiten, die oft von einer aktiven Forschungsteilnahme ausgeschlossen werden, muss die Barrierefreiheit besonders berücksichtigt werden (u.a.: Mazzei, 2009, S. 17ff.).

In Bezug auf die Erreichbarkeit und Befragbarkeit marginalisierter Gruppen und dem damit zusammenhängenden Einfluss der Institutionen und Gatekeeper konstatiert Tobias Buchner (2008), dass »die Rekrutierung der Stichprobe oft über das Anfragen bei besagten dienstleistenden Institutionen/Organisationen« (ebd., S. 518) erfolgt. Dies hat oft zur Folge, dass die im jeweiligen Forschungsprojekt beteiligten Gatekeeper bestimmen, »ob in der betreffenden Einrichtung überhaupt geforscht werden darf, welche Personen befragt werden sollten, und besitzen oft sehr konkrete Vorstellungen, welche Methode sich dafür am besten eignet«. Insbesondere Menschen mit sog. Lernschwierigkeiten werden häufig als für die Forschung nicht qualifiziert eingestuft und somit von einer selbstbestimmten Forschungsteilnahme exkludiert (ebd., S. 519). Ähnliche Erfahrungen lassen sich auch in der qualitativen Forschung mit geflüchteten Menschen nachzeichnen (siehe dazu u.a.: Aden et al., 2019; Afeworki Abay & Engin, 2019; Betscher, 2019; Korntheuer et al., 2021; Sylla et al., 2019).

Entsprechend ist partizipatives Forschen im institutionellen Kontext gründlich abzuwägen und gegebenenfalls von Datenerhebungen in solchen Kontexten wie z.B. in Unterkünften für Geflüchtete, Wohnheimen und Werkstätten für behinderte Menschen usw. abzusehen, wenn die entsprechenden forschungsethischen Fragen der Schadensvermeidung während des gesamten Forschungsprozess nicht hinreichend zu klären sind. Einen alternativen Zugang zu potenziellen Forschungspartner*innen bietet die Verfahrensweise des sog. »Information Drop« (Griffin & Balandin, 2004, S. 68), die in Form eines Aushangs oder durch das Versenden von Informationsblättern in den Einrichtungen erfolgen kann, sodass sich interessierte Personen selbstständig melden können, wenn sie Interesse an dem jeweiligen Forschungsprojekt haben. Ebenfalls kann die Kontaktaufnahme mit potenziellen Forschungspartner*innen über Selbstvertretungsorganisationen erfolgen (Afeworki Abay & Engin, 2019; Buchner, 2008).

Die vorliegende Arbeit schließt sich den im Laufe dieses Unterkapitels diskutierten kritischen Gedanken an, eine »fremdbestimmte Forschung« (Hagen, 2002, S. 295) überwinden zu wollen, in der eine Informationsgewinnung ausschließlich über Dritte erfolgt z.B. durch Interviews mit Betreuer*innen oder Lehrer*innen (u.a.: Terfloth & Janz, 2009, S. 312). Stattdessen wurden BIPOC mit Behinderungserfahrungen mittels eines partizipativen Vorgehens als aktive Subjekte in den Forschungsprozess einbezogen. Entscheidend für diesen partizipativen Forschungszugang ist sowohl die thematische als auch methodische Fokussierung des jeweiligen Projekts mit den Forschungspartner*innen gemeinsam zu entwickeln (von Unger, 2014a, S. 53). So einem ambitionierten und voraussetzungsvollen Vorhaben sind gerade im Rahmen von Qualifikationsprojekten u.a. finanzielle und zeitliche Grenzen gesetzt, wie sich auch in Bezug auf den Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit zeigt.

Trotz dieser Herausforderungen wurde bezugnehmend auf die Erfahrungen einiger aktueller empirischer Projekte an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht (siehe dazu u.a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Korntheuer et al., 2021; Otten, 2019; Westphal et al., 2023), ein partizipativer Zugang zu den verschiedenen Communities von BIPOC mit Behinderungserfahrungen im Rahmen des Forschungsprozesses angestrebt. Durch den community-basierten und barrierearmen Zugang wurde eine kontinuierliche Forschungspartizipation von BIPOC mit Behinderungserfahrungen im gesamten Erhebungs- und Auswertungsprozess ermöglicht. Auf diesem Wege wurden die gewonnenen Daten der vorliegenden Arbeit in Bezug auf die verschiedenen Verläufe und (Miss-)Erfolge beim Zugang zu Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aus den subjektiven Perspektiven der Forschungspartner*innen heraus analysiert und interpretiert.

Die Erfahrungen der empirischen Prozesse der vorliegenden Arbeit zeigen, dass partizipative Forschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht trotz vielfältiger forschungsethischer, methodologischer sowie forschungspraktischer Herausforderungen möglich ist, auch wenn zum Teil aufgrund limitierter zeitlicher und finanzieller Bedingungen die Grenze der Machbarkeit innerhalb des Forschungsprozesses erreicht wurde. Wenngleich dieses partizipative Forschungsprojekt einen mühsamen Prozess mit erheblichen Anforderungen bspw. aufgrund des forschungsökonomischen Mehraufwands an Ressourcen usw. darstellt, lässt sich insgesamt feststellen, dass es möglich ist durch mehrmalige Treffen und genuines Interesse an den Lebenslagen der Forschungspartner*innen eine vertrauensvolle Forschungsbeziehung zu entwickeln.

In weiteren Treffen wurde dadurch an bereits Gesagtem angeknüpft sowie Nachfragen gestellt, wodurch ein Gesprächsraum geschaffen wird, der ermöglicht, dass immer neue Aspekte zu bereits genannten Themen erfasst und Widersprüche und Wiederholungen im Gespräch aufgenommen und bei dem partizipativen Auswertungsworkshop besonders darauf eingegangen und diskutiert werden kann. Im Laufe dieses langen und intensiven Forschungsprozesses wurde angestrebt, die Forschungspartner*innen durch eine vertrauensvolle Forschungsbeziehung als handlungsfähige Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt wahrzunehmen und ihre Lebenserfahrungen anzuerkennen.

Beispielsweise zeigte sich die gemeinsame Auswertung und Diskussion der Forschungsergebnisse mit den Forschungspartner*innen zwar als besonders erkenntnisreich. Gleichzeitig war es aufgrund der Heterogenität der beteiligten Forschungs-

partner*innen hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft, unzureichenden Forschungserfahrungen und migrations- und behinderungsspezifischen sprachlichen Barrieren sowie der prekären Forschungsbedingungen herausfordernd, eine möglichst »gemeinsame Sprache« zu finden. Zur Förderung einer barrierearmen Partizipation der Forschungspartner*innen an der Interpretation der Daten wurde, durch den Rückgriff auf bereits bestehende empirische Erfahrungen, eine hohe situative Adaption des Auswertungsverfahrens ermöglicht (u.a.: Gag & Weiser, 2017; Korntheuer et al., 2021; Otten, 2019; Puchert et al., 2013; Schröttle et al., 2013; Westphal et al., 2023).

Der pragmatische Umgang mit den beschriebenen Herausforderungen aufgrund der Heterogenität der individuellen Voraussetzungen, sprachlichen und kommunikativen Hürden (z.B. in Bezug auf die fehlende Möglichkeit von Gebärdensprachdolmetscher*innen) und der damit verbundenen Limitationen der Forschungsbedingungen vor allem hinsichtlich der restriktiven zeitlichen und finanziellen Ressourcen, zeigt sich zwar für den Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit als zufriedenstellend. Zeitgleich ergibt sich aus diesen Erfahrungen die Notwendigkeit der Weiterentwicklung ergänzender struktureller, sozialer und kulturspezifischer Zugänge für das Gelingen partizipativer Forschungsprojekte.

Zudem ist hier besonders zu betonen, dass die unterschiedlichen Interessenlagen und Machtverhältnisse, die auch innerhalb partizipativer Forschungsprojekte vorhanden sind, im gesamten Forschungsprozess machtkritisch zu hinterfragen sind:

»Participation is not always progressive or empowering. Your project may have elements of participation but know how this can just as easily be limiting, tokenistic and condescending? Your demands on our community sharing our stories may be just as easily disempowering. What frameworks have you already imposed on participation? What power dynamics are you reinforcing with such a framework? What relationships are you creating e.g informant vs expert, enunciated vs enunciator« (Cañas, 2015, o.S.).

Es müssen also entsprechend durchdachte, zugängliche Strukturen geschaffen und hinreichende Ressourcen bereitgestellt werden, um eine »Pseudobeteiligung« (Bergold & Thomas, 2012, Abs. 32) zu überwinden und durch eine aktive und kontinuierliche Beteiligung der Forschungspartner*innen lebensweltliche Erkenntnisse hinsichtlich der Teilhabemöglichkeiten und Diskriminierungsrisiken zu liefern. Die umfassende Herstellung von barrierearmen Forschungszugängen stellte sich jedoch im Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit als eine große Herausforderung in forschungsökonomischer sowie methodischer Hinsicht dar. Diese Herausforderungen transparent zu machen und den Umgang damit zu reflektieren, ist daher von großer Bedeutung für die weiteren empirischen Forschungsprojekte.

Die besonderen methodologischen Anforderungen beinhalten auch die Reflexion der eigenen forschungsethischen Verantwortung zur Ermöglichung einer aktiven und selbstbestimmten Forschungsteilnahme von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen. Im Hinblick auf methodisch-methodologische Fragen und der damit einhergehenden Notwendigkeit forschungsethischer Reflexivität konstatiert von Unger (2018c):

»Das Handeln und die Entscheidungen von Forschenden können weitreichende Konsequenzen für das Leben anderer Menschen haben. Die Entscheidungen verlangen da-

her Einschätzungen, Abwägungen, Interpretationen und Begründungen, die als forschungsethische Reflexivität bezeichnet werden können« (ebd., S. 682).

Demnach besteht die Relevanz der anzustrebenden Selbstreflexion nicht nur bezüglich ihres analytischen Potenzials im Umgang mit forschungsethischen Herausforderungen, sondern auch in der Bedeutung der damit einhergehenden ethischen Verantwortung in qualitativer Forschung (u. a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Guillemín & Gillam, 2004; Iphofen & Tolich, 2018; von Unger, 2021). Die forschungsethischen Fragen sind aber nicht immer vorhersehbar, sondern entwickeln sich erst im Laufe des konkreten Forschungsprozesses, weshalb es der Bereitschaft bedarf, die eigenen Positionierungen eigene Handeln im gesamten Forschungsprozess zu hinterfragen (von Unger, 2018a, S. 178). Diese Herausforderungen werden von Marilys Guillemín und Lynn Gillam (2004) als »ethically important moments« (ebd., S. 262) bezeichnet:

»How as researchers do we respond to such disclosures when they occur, and are there existing conceptual frameworks and principles that we can draw on to assist us? Our focus in this article is on what we refer to as the ethically ›important moments‹ in doing research – the difficult, often subtle, and usually unpredictable situations that arise in the practice of doing research. We are interested in the ethical practice of research and how this is achieved. We examine existing ethical principles and frameworks for both their limitations and what they offer researchers and then turn to reflexivity as a potential tool for ethical research practice« (ebd.).

Ebenfalls wird bspw. in der Fluchtmigrationsforschung eine der zentralen forschungsethischen Anforderungen als »dual imperative« (Jacobsen & Landau, 2003, S. 95) beschrieben. Mit der inzwischen weit verbreiteten Anerkennung des ›dual Imperatives‹ wird hervorgehoben, dass Forschung im Kontext von Migration/Flucht sowohl gute und qualitative Erkenntnisse liefern als auch einen praktischen und anwendungsorientierten Nutzen für die beteiligten Forschungspartner*innen und ihre Communities erzeugen sollte: »research should be both academically sound and policy relevant« (ebd.). Ausgehend von diesen verschiedenen forschungsethischen Prinzipien partizipativer Forschung wird bspw. mithilfe des prominenten Ansatzes von Catriona Mackenzie et al. (2007): ›*Beyond Do No Harm*‹ angestrebt, durch die jeweiligen Forschungsprojekte nicht nur Schaden an den und Risiken für die beteiligten Personen und Communities zu vermeiden, sondern auch zur Verbesserung ihrer Lebenslagen beizutragen. Die vielfältigen methodologischen und forschungsethischen Anforderungen stellen dabei den Forschenden vor besondere Herausforderungen, die im konkreten Verlauf des jeweiligen Forschungsprojekts abzuwägen sind:

»Finding the right balance between capacity building, process, outcome and not distracting community members from their ongoing advocacy efforts remains an ongoing challenge« (Flicker et al., 2007, S. 11).

In diesem Zusammenhang wird in den letzten Jahren zunehmend der Versuch unternommen, den von dem zu untersuchenden Thema betroffenen Communities die Möglichkeiten einer aktiven Forschungsteilnahme einzuräumen. Dabei werden die gängigen Vorstellungen der hegemonialen Wissensproduktion in Frage gestellt: »who is an ex-

«pert, what counts as knowledge and, therefore, by whom research questions and designs should be crafted» (Fine & Torre, 2019, S. 435). In ihrem Beitrag »*Stop stealing our stories*« stellen Eileen Pittaway et al. (2010) eine der zentralen forschungsethischen Fragen an die Fluchtmigrationsforschung: Inwieweit werden die betroffenen Menschen im jeweiligen Forschungsprojekt als aktiv handelnde Subjekte einbezogen und ihre »capacity to respond to the serious issues affecting their communities« (ebd., S. 236) anerkannt oder werden sie als Forschungsobjekte instrumentalisiert?

Genauso betont Heath Cabot (2016) »how such voices are often silenced even as advocates carve out space for them« (ebd., S. 660), und weist auf die Notwendigkeit hin, die Stimmen und Perspektiven der beteiligten Communities in den Mittelpunkt der Wissensproduktion in der Fluchtmigrationsforschung zu stellen. Entsprechend ist es unerlässlich, sich mit den verschiedenen Ansätzen der Wissensproduktion im Kontext von Migration/Flucht kritisch auseinanderzusetzen und die damit einhergehenden komplexen Erwartungen und Anforderungen zu adressieren: »the tension in participatory research between the different expectations professional researchers and community members have for research goals, processes and outcomes« (Wilmsen, 2008, S. 135).

Einige Herausforderungen in Bezug auf die konkrete Umsetzung von forschungsethischen Grundprinzipien qualitativer Sozialforschung wie z.B. die Risikoabwägung und Schadensvermeidung werden sowohl in der Fluchtmigrationsforschung (u.a.: Betscher, 2019; Korntheuer et al., 2021; Sylla et al., 2019; von Unger, 2012b, 2018b) als auch in der Inklusionsforschung kritisch reflektiert (u.a.: Buchner, 2008; Hagen, 2007; Wilke, 2016). Im Sinne der Metapher »zwei Seiten einer Medaille« weist von Unger (2021) darauf hin, dass die im jeweiligen Forschungsprojekt anzustrebenden methodologischen und forschungsethischen Reflexionen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können:

»In fact, ethical and methodological reflexivity are interrelated, and the widespread practices of reflexivity for analytical purposes are a nourishing foundation and relevant component of ethical reflexivity. However, the types of questions asked in ethical reflexivity, the guiding principles considered, and the conclusions derived altogether differ as the scientific quest for generating valid and trustworthy knowledge is combined, expanded, balanced, and juxtaposed with considerations of the social and political impact of the research« (ebd., S. 187).

Im Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit zeigte sich die Ermöglichung einer weitestgehend barrierearmen Datenerhebung und -auswertung mit einer heterogenen Gruppe als besonders herausfordernd und im Vorfeld der Feldforschung schwer zu konzipieren. Daher war es notwendig, die methodischen Forschungsansätze im gesamten Verlauf des Forschungsprozesses kontinuierlich anzupassen, damit die verschiedenen Erfahrungen der beteiligten Forschungspartner*innen einen Artikulationsraum finden können. Das Stufenmodell der Partizipation von Michael Wright et al. (2010) sieht vor, eine aktive Beteiligung der Forschungspartner*innen auf der höchsten Partizipationsstufe (Entscheidungsmacht) während des gesamten Forschungsprozesses zu ermöglichen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den akademisch Forschenden und den jeweiligen Community- und Praxispartner*innen, von der Informationsgewinnung über die Datenerhebung bis hin zu den Auswertungsprozessen der

erhobenen empirischen Daten sowie der Veröffentlichung der Ergebnisse anzustreben und umzusetzen (von Unger, 2014a, S. 52).

Das für partizipativ angelegte Forschungsprojekte im Rahmen des Stufenmodells der Partizipation vorgeschlagene Vorgehen macht die Notwendigkeit deutlich, dass innovative Forschungszugänge zum Erreichen marginalisierter Gruppen sowie alternative Vorgehensweisen im konkreten Forschungsverlauf zu entwickeln sind. Wenn dies nicht geschieht, tragen Forschungsprojekte dazu bei, dass ›Normalität‹ reproduziert wird, indem Forschungspartner*innen mit Behinderungserfahrungen aus den Befragungs- und Deutungsinstrumenten vieler Forschungsmethoden exkludiert werden. Dies geschieht z. B., wenn sie im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungserfahrungen aufgrund ihrer Beeinträchtigungen auf die erzählgenerierenden Fragen nicht ausreichend eingehen und somit längere Erzählungen im Forschungskontext geben können (Farmer & Macleod, 2011, S. 11).

Gleichzeitig ist im Umgang mit diesen Ausschlussrisiken besonders zu beachten, dass die starke Betonung der ›Andersartigkeit‹ von empirischen Forschungsprojekten mit BIPOC mit Behinderungserfahrungen mit der performativen Herstellung und Reproduktion einer vermeintlichen Schwererreichbarkeit und Schwerbefragbarkeit dieser Personengruppe einhergeht. Diese machtvollen Prozesse bergen die Gefahr, dass essentialisierende und homogenisierende Zuschreibungen gegenüber gesellschaftlich marginalisierten Gruppen auf paternalistisch-protektionistische Weise fortgeschrieben und legitimiert werden:

»Partizipative Forschung macht deutlich, dass keine Gruppe per se ›schwer erreichbar‹ ist, sondern dass die Erreichbarkeit eine Frage der Perspektive, der sozialen Nähe und der Bereitschaft ist, sich auf das reale Anliegen der Gruppen und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit einzulassen« (von Unger, 2018a, S. 178).

Diesem Paradigma der gleichberechtigten Forschungszusammenarbeit schließt sich die vorliegende Arbeit an. Wenngleich partizipative Forschung in Anbetracht der gängigen Annahme einer besonders erschwerten Erreichbarkeit von BIPOC mit Behinderungserfahrungen (u. a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Afeworki Abay & von Unger, 2023) die wichtigste Grundlage für den gesamten Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit bildet, sind in der empirischen Operationalisierung dieser methodischen Anforderungen einige Herausforderungen aufgetreten. Dazu gehören die vielfältigen forschungsethischen Anforderungen und voraussetzungsvollen methodologischen Bedingungen der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht (siehe dazu Unterkapitel 6.4.3).

Aufgrund der prekären finanziellen und zeitlichen Ressourcen lassen sich diese Limitationen im Rahmen einer Qualifikationsarbeit nicht vollständig auflösen. Entsprechend stellt sich die Frage, wie mit dem zentralen Spannungsverhältnis zwischen den zumeist prekären Bedingungen von Qualifikationsarbeiten und Anforderungen partizipativer Forschung umgegangen werden kann. Diese elementaren Fragen wurden daher im Rahmen der vorliegenden Arbeit kontinuierlich kritisch reflektiert, um dem beschriebenen Anspruch partizipativer Forschung gerecht zu werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass methodische Barrieren während des gesamten Forschungsprozesses überwunden werden müssen, damit eine aktive Partizipation von der gemeinsamen Entwicklung des Forschungsthemas und der Datenerhebung

bis hin zur Auswertung der gewonnenen Daten sowie Interpretation und Darstellung der Forschungsergebnisse realisiert werden kann (Afeworki Abay & Engin, 2019, S. 392; von Unger, 2014a, S. 19ff.). Entsprechend ist es zwingend notwendig, einerseits die Komplexität partizipativer Forschung mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen aufgrund exkludierender Zugangsstrukturen und Forschungsmethoden zu beachten, andererseits ihrer Individualität und Subjektivität innerhalb des gesamten Forschungsprozesses gerecht zu werden.

Dies bedeutet wiederum, dass die Weiterentwicklung von Zugangsstrukturen zur gemeinsamen Wissensproduktion mit BIPOC mit Behinderungserfahrungen sowohl die vorhandenen methodischen Hürden (wie z.B. die fehlende Anerkennung des verkörperten Wissens bzw. des Erfahrungswissens) als auch die individuellen Voraussetzungen der Forschungspartner*innen (wie z.B. Sprach- und Kommunikationsbarrieren) im gesamten Verlauf des Forschungsprozesses entsprechend in den Blick nehmen muss. Partizipative Forschung stellt also keinen linearen Forschungsprozess dar, in den die jeweiligen die Forschungspartner*innen von der Informationsgewinnung über die Mitbestimmung bis hin zur Entscheidungsmacht mit einbezogen werden. Vielmehr handelt es sich dabei um einen zirkulären Forschungsprozess, welcher eine hohe Flexibilität und Sensibilität erfordert. Die Fruchtbarkeit dieses Vorgehens zeigt sich in vielen partizipativen empirischen Projekten an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht deutlich (u.a.: Afeworki Abay & Engin, 2019; Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022; Westphal et al., 2023).

Vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussionen zur Ermöglichung einer aktiven Forschungsteilhabe von BIPOC mit Behinderungserfahrungen machen die folgenden methodischen Überlegungen auf die Notwendigkeit der Ergänzung und Weiterentwicklung des Stufenmodells der Partizipation aufmerksam. Dieser Erkenntnis folgend, ist das Ziel eher, die marginalisierten Stimmen der Forschungspartner*innen mithilfe eines partizipativen Forschungszugangs hörbar zu machen. Das Ziel erfolgreicher Partizipation kann allerdings nicht vorab ausformuliert werden, sondern entsteht erst im Aushandlungsprozess mit den Forschungspartner*innen. Eine Form der Messbarkeit des Gelingens partizipativer Forschungsprojekte kann darin liegen, ausgehend von den gemeinsam erarbeiteten Veränderungsbestrebungen einen realen Nutzen für die Forschungspartner*innen und ihre Communities zu schaffen.

Hierfür müssen bspw. die Ergebnisse der ausgewerteten empirischen Daten auf den im Forschungsprozess gemeinsam diskutierten dringlichen Handlungsbedarf der beteiligten Communities umfassend eingehen. Entsprechend empfiehlt es sich, das Stufenmodell der Partizipation lediglich als Ausgangspunkt der Forschungspartizipation zu begreifen und im eigenen Projekt das Vorgehen je nach Kontext und individuellen Voraussetzungen der Forschungspartner*innen sowie der forschungsökonomischen Bedingungen differenziert zu gestalten.

Wie bereits in Unterkapitel 4.3 diskutiert wurde, bildet die doppelte Zielsetzung partizipativer Forschung die zentrale Grundlage des Forschungsprozesses der vorliegenden Arbeit: Soziale Wirklichkeiten durch partizipatives Forschen zu verstehen und diese dabei emanzipatorisch zu verändern (von Unger, 2014a, S. 46). Wenngleich hierbei die Relevanz und Bedeutung der barrierearmen Methode nicht übersehen wurde, zeigt sich partizipative Forschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht mit multi-

plen methodisch-methodologischen und forschungsethischen Herausforderungen konfrontiert (u.a.: Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022). Gerade in Bezug auf die beschriebenen methodisch-methodologischen Fragen lässt sich die Zugänglichkeit als eine der zentralen Voraussetzungen partizipativer Forschung zu einer aktiven Erreichung und Partizipation von BIPOC mit Behinderungserfahrungen herauskristallisieren. In diesem Sinne wurde die »doppelte Zielsetzung partizipativer Forschung« (von Unger, 2014a, S. 46) innerhalb des Forschungsprozesses der vorliegenden Arbeit ergänzt, um die intersektionalen Zugangsbedingungen an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht besonders zu berücksichtigen und BIPOC mit Behinderungserfahrungen in allen Schritten des Projekts aktiv einzubeziehen, wie Abb. 18 illustriert:

Abb. 18: Dreifaches Anliegen partizipativer Forschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht (eigene Darstellung).



Die Erfahrungen aus dem Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit machen die unzureichende Zugänglichkeit bestehender Forschungsmethoden an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht deutlich. Beispielsweise war bei einigen Forschungspartner*innen aufgrund von Sprachbarrieren und behinderungsbedingten Konzentrationsschwierigkeiten eine mehrmalige Durchführung des Interviews notwendig. Damit ist partizipative Forschung besonders aufgefordert, sich von traditionellen Datenerhebungs- und Auswertungsverfahren zu lösen, für die gewöhnlich qualitative Interviews als Hauptquelle für die Gewinnung der empirischen Daten vorgesehen sind. Vielmehr müssen alternative Zugänge partizipativ initiiert werden. Dies erfordert sowohl, das Forschungsprojekt gut vorzubereiten und die Vorgehensweise mehrfach zu durchdenken als auch die Bereitschaft der Forschenden und der For-

schungspartner*innen, sich auf die oft unausweichlichen Aushandlungsprozesse im Verlauf des Forschungsprozesses einzulassen. Seitens der Forschenden sind außerdem eine gewisse Anpassungsfähigkeit, Offenheit und Flexibilität gefordert.

Zu einer guten und ethisch verantwortungsvollen Vorbereitung der Feldforschung gehören bspw. die Entwicklung der notwendigen methodischen Strategien (z. B. die Anpassung der Forschungsinhalte auf die intersektional verwobenen Lebenswelten der Forschungspartner*innen), die Überprüfung von Weiterentwicklungsbedarfen etablierter Forschungsmethoden, die Entwicklung von geeigneten Stichprobenkonzepten und dazugehörigen Feldzugängen, die gemeinsame Erarbeitung von Forschungszielen sowie die kontinuierliche Reflexion von Herausforderungen, Widersprüche und Grenzen einer stärkeren partizipativen Ausrichtung des Forschungsprojekts. Diese Fragen sind notwendig, um die Gegenstandsangemessenheit des methodischen Vorgehens als Qualitätsmerkmal gewährleisten zu können.

Aus einer kritisch-feministischen Perspektive betonen Michelle Fine und María Torre (2019) die Relevanz lebensweltlicher Wissensproduktion. Dabei konstatieren die beiden Autorinnen, dass der Berücksichtigung der eigenen Positionierungen innerhalb der hegemonialen Wissensproduktion sowie der Anerkennung von situiertem bzw. verkörpertem Wissen (*Embodied/Situated Knowledges*)¹⁵ im Zuge der Generierung und Verbreitung von theoretischem und empirischem Wissen eine große Bedeutung zukommt (ebd., S. 433). Mit besonderem Fokus auf die Berücksichtigung der Situietheit von Wissen und der damit einhergehenden Notwendigkeit der Reflexion von vielfältigen normativen Verständnissen innerhalb der traditionellen Methoden qualitativer Sozialforschung, erfährt die Kontinuität hegemonialer Wissensordnungen in den letzten Jahren eine stetig wachsende feministische und postkoloniale Kritik. Mit ihrem feministischen Theorieansatz des »*Situated Knowledges*« (1988) wies Donna Haraway bereits in den 1980er Jahren darauf hin, dass die verschiedenen Formen von Wissen immer auch als verkörpert bzw. situiert zu begreifen sind:

»Knowledge from the point of view of the unmarked is truly fantastic, distorted, and irrational. The only position from which objectivity could not possibly be practiced and honored is the standpoint of the master, the Man, the One God, whose Eye produces, appropriates, and orders all difference« (ebd., S. 587).

Demzufolge konstatiert Kathy Charmaz (2014), dass die unterschiedlichen Positionierungen und Perspektiven der Forschenden nicht aus dem Prozess der Datenerhebung und -analyse herausgenommen werden können, da das empirische Wissen letztendlich aus den gemeinsamen Erfahrungen und den Forschungsbeziehungen mit den beteiligten Personen und Communities entsteht. Dies bedeutet, die Sichtweise der Forschenden »does not and cannot stand outside of it« (ebd., S. 239), da in einer konstruktivistischen GTM die Forschungsergebnisse und die daraus resultierenden Theorien immer auch von den Perspektiven der Forschenden abhängen: »In this sense, no researcher is neutral because language confers form and meaning on observed realities« (ebd., S. 114).

15 Zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem vielfach rezipierten Konzept des *Situated Knowledges* siehe insbesondere Haraway (1988): »*Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective*«.

Mit diesem grundlegenden Verständnis von geopolitischer und sozialer Situiertheit des Wissens ist die Zieldimension verbunden, erkenntnistheoretische und ethische Verantwortung aber auch politische und epistemische Implikationen dekolonialer Forschung herauszuarbeiten (u.a.: Aden & Tamayo Rojas, 2022; Afeworki Abay & Soldatic, 2023b; Getachew, 2019; Jain, 2021; J. Warner, 2021). Allerdings ist hier zu betonen, dass trotz des bestehenden engen Zusammenhangs zwischen den beiden Ansätzen, verkörpertes bzw. situiertes Wissen nicht mit Identitätspolitik gleichzusetzen ist (siehe auch Unterkapitel 3.4). In diesem Sinne kann eine dekoloniale Wissensproduktion innerhalb der partizipativen Forschungspraxis mit der langen Tradition feministischer Theorien in Zusammenhang gebracht werden. Wie aus den bisherigen Erläuterungen deutlich wurde, ist ein partizipatives Vorgehen in hohem Maße prozessorientiert. Die jeweiligen Ausgangsthesen der vorliegenden Arbeit wurden im gesamten Forschungsprozess kontinuierlich darauf überprüft, ob sie mit den von den Forschungspartner*innen zum Ausdruck gebrachten Verbesserungs- und Veränderungsbedarfen ihrer Lebenslagen übereinstimmen. Der eigentliche Forschungsgegenstand des empirischen Projekts entstand also erst durch die intersektionalen Analyse ihrer Wünsche, Bedürfnisse und realen Problemlagen, die von den beteiligten Forschungspartner*innen im gemeinsamen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess geäußert wurden.

Ebenfalls lässt sich anhand der empirischen Erfahrungen der vorliegenden Arbeit sowohl die herrschende ›Verweigerungsthese‹, dass BIPOC mit Behinderungserfahrungen sich nicht an Forschungsprozessen beteiligen ›wollen‹ als auch die gängige Annahme ihrer vermeintlichen Schwererreichbarkeit und Schwerbefragbarkeit widerlegen. Im Gegenteil zeigen die beteiligten Forschungspartner*innen ein hohes Maß an Interesse, Motivation und Bereitschaft zur aktiven Beteiligung im gesamten Forschungsprozess. Es ist also möglich, mit marginalisierten Gruppen wie BIPOC mit Behinderungserfahrungen partizipativ zu forschen, wenngleich in der konkreten Umsetzung partizipativer Projekte vielfältige methodisch-methodologische, forschungsethische und forschungsökonomische Herausforderungen auftreten, die im gesamten Forschungsprozess macht- und selbstkritisch zu reflektieren sind (siehe dazu Unterkapitel 6.4.3). Diese Erfahrungen verdeutlichen, den Fokus vielmehr auf die erschwerten Bedingungen einer aktiven und selbstbestimmten Forschungsteilhabe marginalisierter Gruppen, statt auf ihre vermeintliche ›Schwererreichbarkeit‹ und ›Schwerbefragbarkeit‹ zu legen.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erläuterungen lässt sich festhalten, dass partizipative Zugänge als wesentliche Erweiterung einer zunehmenden Methodendiskussion der empirischen Teilhabeforschung an der Schnittstelle Behinderung und Migration/Flucht fruchtbar gemacht werden können (u.a.: Otten & Afeworki Abay, 2022). In diesem Sinne ist hervorzuheben, dass das ›Ermöglichen aktiver und selbstbestimmter Beteiligung‹ als primäres Anliegen partizipativer Projekte anzustreben ist, um den zentralen Fokus der doppelten Zielsetzung partizipativer Forschung (von Unger, 2014a, S. 46) im jeweiligen empirischen Projekt erfolgreich umzusetzen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass partizipative Forschung eine Forschungsstrategie darstellt, welche die Stimmen von marginalisierten Gruppen, die aus konventionellen Forschungsansätzen ausgeschlossen sind, durch aktives Einbeziehen in verschiedene Phasen des Forschungsprozesses hörbar macht. Dabei kann ein partizipatives Forschungsdesign verschiedene Komponenten beinhalten, an denen die Stakeholder unterschiedlich stark in-

volviert werden (u.a.: Wright et al., 2010, S. 35ff.). Auf welchen Stufen der Partizipation die Forschungspartner*innen aktiv einbezogen werden, ist das Ergebnis eines komplexen Prozesses, der durch Kommunikation, Selbstreflexion und Transparenz erst ermöglicht werden muss (u.a.: Islam, 2000; von Unger, 2014a; Wright et al., 2010). Hierfür ist es also notwendig, dass maximale Transparenz hinsichtlich des Vorgehens gewährleistet, die bestehenden Machthierarchien zwischen akademisch Forschenden und beteiligten Forschungspartner*innen im gesamten Forschungsprozess abgebaut sowie der entsprechende Raum zur Selbstreflexion geschaffen werden müssen (u.a.: Kremsner, 2017, S. 170; Mackenzie et al., 2007, S. 311; Nind, 2014, S. 73).

Im Folgenden wird daher die im Forschungsprozess anzustrebende Selbstreflexion näher erläutert, welche für die Operationalisierung partizipativer Forschung eine entscheidende Funktion einnimmt.

6.4.3.3 Konstruktives Scheitern: Selbstreflexion als fortwährender Prozess des Lernens und Verlernens

In der empirischen Praxis partizipativer Forschung werden sowohl methodische als auch forschungsethische Entscheidungen getroffen, die weitreichende Konsequenzen für das Leben der Forschungspartner*innen haben können (u.a.: von Unger et al., 2014, S. 16). Ob und wie diese vielfältigen Entscheidungen, die in der Forschungspraxis getroffen werden (müssen), im gesamten Forschungsprozess bewusst reflektiert werden, ist je nach Forschungsprojekt sehr unterschiedlich (von Unger, 2014a, S. 16f.). In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass Machtasymmetrien zwischen akademisch Forschenden und Forschungspartner*innen aus marginalisierten Communities auch innerhalb partizipativer Forschungsprojekte existieren (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Korntheuer et al., 2021; Wallerstein et al., 2018).

Gefordert wird daher ein sensibler, transparenter und reflektierter Umgang mit dem eigenen Handeln im Forschungsprozess sowie eine kontinuierliche Reflexion bestehender Hierarchie- und Machtverhältnisse während des gesamten Forschungsverlaufs (u.a.: Abma et al., 2018; Breuer, 2021; Islam, 2000; Korntheuer et al., 2021; Otten & Afeworki Abay, 2022; Sylla et al., 2019; von Unger, 2018b). In diesem Zusammenhang wurde der Selbstreflexion als immanenter Bestandteil der RGTM im gesamten Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit einen besonderen Stellenwert zugeschrieben, da sich hierdurch die in Forschungssituationen eingebetteten Hierarchie- und Machtverhältnisse unter der Berücksichtigung grundlegender forschungsethischer Fragen kritisch reflektieren lassen (u.a.: Breuer et al., 2018).

Ein weiterer diesbezüglich entscheidender Aspekt, der im wissenschaftlichen Forschungskontext lange unzureichend beachtet wurde, ist die eigene Vulnerabilität der Forschenden. In den letzten Jahren erfährt diese Thematik eine zunehmende wissenschaftliche Aufmerksamkeit (u.a.: Illouz, 2007; Kühner, 2018; Ploder, 2022; Ploder & Stadlbauer, 2016). Wenngleich in den hegemonialen Diskursen vorwiegend suggeriert wird, dass die Betroffenheit der Forschenden als Vorteil und Gewinn für die Forschung zu betrachten ist, muss dieser Annahme hier differenzierter betrachtet werden. Die eigenen Vulnerabilitäten der Forschenden sollten daher im gesamten Forschungsverlauf reflektiert werden (u.a.: Berger, 2015; Iphofen & Tolich, 2018; von Unger, Huber, et al., 2022), da bestimmte Interviewsituationen auch bei den akademisch Forschenden

gewisse Reaktionen in Form von Gefühlen und körperlichen Widerständen während des Interviews auslösen können aber auch zu einem späteren Zeitpunkt durch erneutes Hören der Tonbandmitschnitte vergegenwärtigt werden können (u.a.: Illouz, 2007; Kühner, 2016; Orellana, 2019; Ploder, 2022).

Mögliche Abwehrmechanismen der Forschenden bei solchen besonders belastenden Themen können z.B. ein Gefühl des Betäubtseins bzw. der Ohnmacht sein (u.a.: Nissen & Sturm, 2018, S. 27f.). Diese körperlichen und emotionalen Reaktionen sind jedoch nicht nur als individueller Umgang mit der Konfrontation mit einem Thema zu verstehen, sondern darüber hinaus auch als ein wichtiger Hinweis auf den internalisierten gesellschaftlichen Umgang mit den dazugehörigen Ausgrenzungsmechanismen (ebd.). Ferner können diese Reaktionen auf herausfordernde Interviewsituationen auch weitere Aufschlüsse über die sozialen und emotionalen Welten der betroffenen Forschenden geben (u.a.: Kühner, 2018; Ploder & Stadlbauer, 2016; von Unger, 2021).

Darüber hinaus sind diese Forschungsinteraktionen für die Auseinandersetzung mit dem spezifischen Gegenstand der Forschung von großer Wichtigkeit (zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dieser Thematik siehe u.a.: Bonz et al., 2017; Devereux, 1967; Nadig, 1986). Im ethnopschoanalytischen Kontext kann sich der Ansatz der *Übertragung und Gegenübertragung*¹⁶ in der kritischen Analyse des spannungsvollen Verhältnisses von Nähe und Distanz zu Forschungspartner*innen als besonders hilfreich erweisen, um den beschriebenen Emotionen und Affekten der Forschenden (wie z.B. Angstzustände, Schlafstörungen und Verunsicherungen) gezielt einen entsprechenden Raum zu geben und diese kontinuierlich zu reflektieren:

»Die während der Forschungsarbeit entstehenden Irritationen und Verunsicherungen können die Forscherin auf Machtverhältnisse, ideologische Muster, Abwehrmechanismen und blinde Flecken in ihrer Denkweise aufmerksam machen, aber auch auf Einseitigkeiten und Androzentrismen in bestehenden Theorien. Diese Art von begleitendem ethnopschoanalytischem Ansatz soll in keiner Weise die Subjektivität der Forscherin ins Zentrum der Fragestellung oder des Forschungsziels setzen, im Gegenteil, hier ist die Ethnopschoanalyse nur ein Mittel, um sich dem Forschungsziel ungestörter annähern zu können. Die selbstbeobachtende Begleitung soll Hindernisse, die aus idiosynkratischen, persönlichen Reaktionen (Ängsten, Konflikten, Sexualität, Anziehung), institutionelle Identifikationen und deren Abwehr (Projektion, Idealisierung, Verleugnung etc.), die zwischen der Forscherin und ihrem Gegenstand aufgebaut werden, bewußtseinsfähig und damit handhabbar machen. Es geht also ausschließlich darum, den Weg zum Forschungsziel einigermaßen frei und offen zu halten, indem die Selbstbeobachtung in den Forschungsprozeß integriert wird« (Nadig, 1986, S. 39f.).

16 In seinem Buch *Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften* (1967) beschreibt George Devereux den subtilen Prozess der Übertragung und Gegenübertragung folgendermaßen: »Übertragung und Gegenübertragung haben identische Quellen und Strukturen. Es ist ausschließlich eine Frage der Konvention, daß die relevanten Reaktionen des Informanten oder Analysanden »Übertragung«, die des Feldforschers oder Analytikers hingegen »Gegenübertragung« genannt werden« (ebd., S. 65).

Entsprechend müssen sich vor, während und nach einem Interview die eigenen Einstellungen, Gedanken, Emotionen und Affekte der Forschenden bewusstgemacht werden, welche die Datenerhebung und/oder die Analyse der empirischen Daten beeinflussen können. Hierfür empfiehlt es sich, nach jedem Interview ein Memo mit Hinweisen zu den spezifischen Interviewsituationen und eigenen Reaktionen zu erstellen. Solche Formen von Konfrontationen mit den eigenen Vulnerabilitäten im Forschungsfeld bspw. aufgrund von geteilten Erfahrungen mit Diskriminierungen erfordern zusätzliche Ressourcen zur Reflexion und Bewältigung. Hierfür können bspw. Forschungssupervisor:innen einen möglichen Reflexionsraum bieten (von Unger, Huber, et al., 2022).¹⁷

Zur Reflexion von methodologischen Herausforderungen und damit verbundenen forschungsethischen Fragen aufgrund von belastenden Interviewsituationen erfolgte die Unterstützung und Beratung im gesamten Verlauf des Forschungsprozesses der vorliegenden Arbeit durch mehrere Sitzungen von Forschungssupervision durch Prof.:in Dr. Hella von Unger und Prof.:in Dr. Angela Kühner. Im Rahmen der Forschungssupervision wurden die besonders belastenden und herausfordernden Situationen des Forschungsprozesses und die damit einhergehenden methodologischen und forschungsethischen Fragen diskutiert und gemeinsam reflektiert. Durch die kontinuierliche Thematisierung und Reflexion der subjektiven Emotionszustände konnten die daraus resultierenden Blockaden der Auswertung und Verschriftlichung des empirischen Datenmaterials bearbeitet werden. Solche Handlungs- und Umgangsstrategien mit belastenden und herausfordernden Forschungssituationen sind insofern auch als ethischer Anspruch zu deuten, da die Gestaltung von langfristigen und verantwortungsvollen Forschungsbeziehungen eine kritische Reflexion der eigenen Belastbarkeit und Vulnerabilität der Forschenden im gesamten Forschungsprozess verlangt (u.a.: Clark & Sousa, 2020; Held, 2020; von Unger, Huber, et al., 2022).

Standortgebundenheit und Positionalität der Forschenden

In den letzten Jahren werden im Sinne des *konstruktiven Scheiterns* sowohl forschungsethische und methodologische Herausforderungen als auch die damit verbundenen Potenziale der Reflexion solcher Herausforderungen in der qualitativen Forschung – insbesondere in der partizipativen Forschung – selbst- und machtkritisch diskutiert und entsprechende Umgangs- und Lösungsmöglichkeiten entwickelt (siehe dazu insbesondere: Anang et al., 2021; Held, 2020; Nind, 2009; von Unger, Huber, et al., 2022; Wallerstein et al., 2018). Die hier zugrundeliegende Annahme ist, dass die gesellschaftlich bestehenden Machtverhältnisse auch innerhalb partizipativer Forschung wirksam sind:

»Power imbalances rarely disappear in partnerships – all too often they come to the fore. One way of challenging these pervasive hierarchies is to explicitly name them, address them head-on and ensure that the benefits of the partnership are equitably distributed« (Flicker et al., 2007, S. 249).

17 Anhand von »*Reflection Labs*« erfolgt in diesem Beitrag eine ausführliche und forschungspraktische Beschreibung von verschiedenen Reflexions- und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit herausfordernden forschungsethischen und methodologischen Fragen partizipativer Forschung.

Anhand von Reflexions- und Bewältigungsmöglichkeiten potenzieller und konkreter Krisen innerhalb des gesamten Forschungsprozesses soll dabei der Frage nachgegangen werden, wie die jeweiligen, herausfordernden Erfahrungen für zukünftige, empirische Forschungsprojekte nutzbar gemacht werden können. In diesem Sinne wird in den letzten Jahren insbesondere in den Sozialwissenschaften herausgearbeitet, wie die methodologischen und forschungsethischen Reflexionen im gesamten Forschungsprozess erfolgreich umgesetzt werden können (ausführlicher zu dieser Thematik siehe insbesondere: Bereswill, 2003; Clark & Sousa, 2020; Held, 2020; Reiter, 2021; von Unger, Huber, et al., 2022). Dabei wird die Vulnerabilität der Forschenden wie z.B. subjektives Befinden und emotionale Betroffenheit thematisiert und reflektiert (u.a.: Illouz, 2007; Kühner, 2016, 2018; Orellana, 2019; Ploder, 2022). Zu den Möglichkeiten einer Rekonstruktion selbstreflexiver Praxen der interpretativen Sozialforschung weist Mechthild Bereswill (2003) ausdrücklich darauf hin, dass es dabei nicht um »Selbsterfahrungsbemühungen« (ebd., S. 525) geht, sondern vielmehr um die Erarbeitung erkenntnisleitender Maximen zur Erstellung einer möglichst kontinuierlichen Verknüpfung zwischen subjektiven Reaktionen und Phänomenen aus dem Untersuchungsfeld.

Insofern ist die im jeweiligen Forschungsprozess anzustrebende Reflexion der eigenen Positionalität und Standortgebundenheit notwendig, um der damit einhergehenden potenziellen Gefahr der Reifizierung kritisch zu begegnen (u.a.: Banks & Brydon-Miller, 2019; Cayir et al., 2022; Otten & Afeworki Abay, 2022). Diese Reflexion ist ebenfalls von großer Bedeutung, um die existierenden Formen epistemischer Ungerechtigkeiten im gesamten Forschungsprozess macht- und selbstkritisch in den Blick zu nehmen (u.a.: Dean, 2021; Fricker, 2007; von Unger, 2021; Weinberg & Banks, 2019). Diesbezüglich betonen Norman Denzin und Michael Giardina (2007), dass kritische Forschungsansätze der sozialen Gerechtigkeit die beiden Komponenten sozialer und epistemischer Ungerechtigkeiten in Einklang bringen können: »the ethics of research with a politics of the oppressed, with a politics of resistance, hope and freedom« (ebd., S. 35). Reflexion und Reflexivität stellen dabei zwei Enden eines Kontinuums dar, wobei beide Enden in den verschiedenen Phasen des Forschungsprozesses von gleicher Relevanz sind, wie Linda Finlay (2002, S. 532 f) in ihrem Beitrag »*Outing the researcher*« argumentiert:

»At one end of the scale, reflection can be understood as ›thinking about‹. As a subject, I reflect on an object. The process is a distanced one – the thinking is about something else and it takes place after the event. At the other end of the scale, reflexivity taps into a more immediate, continuing, dynamic, and subjective self-awareness.«

Insbesondere partizipative Forschung in einem von Ungleichheit- und Machtstrukturen durchsetzten Feld stellt den Forschenden vor besondere methodisch-methodologische aber vor allem sowie forschungsethische Herausforderungen, die im gesamten Forschungsprozess reflektiert werden müssen (u.a.: Hugman et al., 2011; Islam, 2000; Mackenzie et al., 2007; von Unger, 2014a; Wallerstein et al., 2018). In der Reflexion des Forschungsprozesses sind daher diese Aspekte besonders bei jenen Personengruppen, die als »Hard-to-Reach« markiert werden, zu beachten (u.a.: Abma et al., 2018; Afeworki Abay & Engin, 2019; Afeworki Abay & von Unger, 2023; von Unger, 2018a; Westphal et al., 2023; Wöhrer et al., 2021). Dazu gehört auch die Frage, wie und in welchem Rahmen bestehende Machtasymmetrien zwischen akademisch Forschenden und den in der Forschung be-

teiligten Communities reflektiert werden können (u.a.: Israel et al., 2018; Muhammad et al., 2018; Orellana, 2019). Entsprechend sollten die Forschenden während des gesamten Forschungsprozesses ihre Standortgebundenheit und Positionalität gegenüber dem Forschungsgegenstand hinterfragen:

»Reflexivity under the conditions of changed positions from ›outsider‹ to ›insider‹ as has happened in the reported stepfamilies research offers an opportunity to gain more understanding of the effects of position on the process and product of the study because the way in which one conducts ›two studies in one‹ and a comparison between data and analysis in the ›outsider‹ phase with those reached during the ›insider‹ phase may illuminate some of the effects of one's position vis-à-vis the phenomenon under study« (Berger, 2015, S. 230).

Dies bedeutet auch, dass eine kritische Selbstreflexion im Zusammenhang mit der eigenen sozialen Positioniertheit notwendig ist, um die existierenden sozialen Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse entlang von Behinderung, ›Rasse‹, Gender, Klasse, Ethnizität, Nationalität, Sexualität usw. im Forschungsfeld besonders zu berücksichtigen (u.a.: Cayir et al., 2022; Otten & Afeworki Abay, 2022). Dabei kann der Intersektionalitätsansatz sowohl als theoretisch-analytischer Zugang zu diesen Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen, wie auch als methodologisches Reflexionsinstrument dienen, um für die Standortgebundenheit der Forschenden gegenüber solchen gesellschaftlichen Verhältnissen zu sensibilisieren:

»Addressing issues of diversity, inequalities and group-dynamics is key to providing inclusive spaces for co-research. In the case of devaluation or insults, it is the obligation of academic researchers to initiate and guide discussions on the situation at hand as well as underlying societal structures such as gender differences, influences of ethnicity or diverging capacities. Such reflections improve not only the research process, but enable all participants to learn more about the research field and to initiate change or even solutions to the problems addressed« (Wöhrer et al., 2021, S. 4).

Neben der notwendigen Berücksichtigung von bestehenden Macht- und Hierarchiestrukturen, die sich auch innerhalb der beforschten Gruppen zeigen, ist auch die Tatsache in den Blick zu nehmen, dass marginalisierte Gruppen wie geflüchtete Menschen aufgrund von Forschungsmüdigkeit (*Research Fatigue*) bspw. im Zusammenhang mit den zunehmenden Anfragen für eine Forschungsteilnahme sowie den schlechten Erfahrungen mit Forschungsprojekten dazu tendieren können, weitere Forschungsanfragen abzulehnen, wie Pittaway et al. (2010, S. 236) folgendermaßen erläutern:

»Exploitation by previous researchers and journalists, including unauthorized publication of names and photos, leading at times to situations of danger for those participating in the research (...) lack of feedback from research, including promised reports and photos, after giving time for interviews and disclosing personal stories; fear of backlash from government authorities and military leaders within camps [...] distrust of research done by researchers who ›fly in and fly out‹ of camps and conflict zones without considering the local social, economic and political consequences.«

Statt die Komplexität dieser Thematik ernst zu nehmen und sich macht- und herrschaftskritisch mit den erschwerten Bedingungen der Flucht migrationsforschung auseinanderzusetzen, wird die vorherrschende ›Verweigerungsthese‹ auf eine simplifizierende Weise permanent aktualisiert (zusammenfassend dazu siehe: Afeworki Abay & Engin, 2019; Jusuf, 2021). In seinem kritischen Beitrag zur deutschsprachigen Flucht migrationsforschung ›*Erzählungen herausfordern, statt von Herausforderungen erzählen*‹ (2021) betont Julian Ibrahim Jusuf die zentrale Bedeutung von Selbstreflexion, um diese Herausforderungen im jeweiligen Forschungskontext in den Blick zu nehmen:

»Mit der Verweigerung sich an einer Wissensproduktion zu beteiligen, die auf die Regierung von Flucht*Migration zielt, ist ein Hinweis auf ein (selbst)kritisches Moment in der Suchbewegung nach einem gemeinsamen Rahmenverständnis von Forschung geliefert« (ebd., S. 183).

Hierfür ist aber auch über den Rahmen einer selbstkritischen Reflexion hinausgehende, kontinuierliche Weiterentwicklung epistemologischer und forschungsethischer Prinzipien der Flucht migrationsforschung notwendig. In der Forschungspraxis der vorliegenden Arbeit zeigte sich bspw. die kontinuierliche Reflexion und Anerkennung der eigenen Vulnerabilität und Grenzen als ein den gesamten empirischen Prozess begleitendes zentrales Element. Nach dem Prinzip des *konstruktiven Scheiterns* wurden dabei die im Laufe dieses Unterkapitels diskutierten Herausforderungen und Fallstricke während des gesamten partizipativen Forschungsprozesses reflektiert, um aus diesen Erfahrungen zu lernen und zum Teil auch die eigenen Annahmen und Voreingenommenheiten in Bezug auf die Lebensrealitäten der beforschten Communities, aber auch die eigenen Methoden, Vorgehensweisen und Ansätze der Forschung zu verlernen:

»Because of my insider position, I had to be constantly alert and rigorously reflect on how my presence and how I am shaped the conversation as well as explain that while we may have shared an experience, it was different for each, and I want to learn theirs« (Berger, 2015, S. 223).

Diese Aspekte wurden daher im Sinne der RGTM (u.a.: Breuer et al., 2018) im gesamten Forschungsprozess kontinuierlich berücksichtigt und bei der Datenanalyse im Zusammenhang mit methodologischen und forschungsethischen Herausforderungen macht- und selbstkritisch reflektiert. Die daraus resultierenden Entscheidungen methodischer und forschungsethischer Art sind als immanenter Bestandteil partizipativer Forschungsprozesse zu verstehen und ihnen ist kritisch-reflexiv zu begegnen, da sie enorme Auswirkungen auf die Qualität der Forschungsergebnisse haben (u.a.: Abma et al., 2018; Afeworki Abay & Engin, 2019; Korntheuer et al., 2021; von Unger, 2018a).

Die bisher vorgenommenen Ausführungen machen die Notwendigkeit eines sensiblen, transparenten und reflektierten Umgangs sowohl mit bestehenden Hierarchie- und Machtverhältnissen (u.a.: Hugman et al., 2011; Mackenzie et al., 2007; von Unger, 2018b; Wihofszky et al., 2020) als auch mit den eigenen Vulnerabilitäten im gesamten Forschungsprozess deutlich. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass partizipative Forschung nicht nur vieler Überlegungen im Vorfeld des Feldzugangs bedarf, sondern auch kontinuierlicher Reflexion im gesamten Forschungsprozess, damit die forschungs-

ethischen Grundsätze, die im Verlauf des Unterkapitels 6.4.3 beschrieben wurden, in der konkreten partizipativen Forschungspraxis umgesetzt werden können.

Vor dem Hintergrund der notwendigen Reflexion der eigenen Positionalität, Standortgebundenheit und Verstrickungen in Machtverhältnisse soll im Sinne von *Cultural Humility* im Verlauf des Forschungsprozesses eine kontinuierliche Reflexion stattfinden, die wiederum zu der vielfältigen und komplexen Frage nach einer entsprechenden Forschungsethik führt (u.a.: Afeworki Abay & von Unger, 2023; Israel et al., 2018; Muhammad et al., 2018). Dies ermöglicht auch, den in den hegemonialen Diskursen partizipativer Forschung vorherrschenden *methodischen Fanatismus* zu überwinden und statt mit einem starren methodischen Aufbau mit der größtmöglichen Offenheit an den Forschungsprozess heranzugehen. Im Sinne des *konstruktiven Scheiterns* ist es notwendig, hierfür einen entsprechenden Reflexionsraum zu schaffen, der eine gewisse Fehlerfreundlichkeit zulässt, im gesamten Forschungsprozess eine Art ›wissenschaftlicher Demut‹ aufkommen lässt und damit auch die Selbstreflexion ermöglicht. Dabei ist die Selbstreflexion nicht als eine abschließend erlernte Erkenntnis, sondern vielmehr als fortwährender Prozess des Lernens und Verlernens zu begreifen.

